

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

Heute mit 32 Seiten

Breite Unterstützung für Gregor Rutz

2

Referendum gegen den «Mantelerlass»

15

Neutralitätsaufruf vor 391 Jahren

21



Gregor Rutz – Garant für die Sicherheit von Land und Volk

Die Milizverbände unterstützen Gregor Rutz

von Stefan Holenstein, Oberst i GSt, Präsident des Verbandes Militärischer Gesellschaften (VMG) Schweiz

Wir brauchen mehr glaubwürdige Sicherheitspolitiker in Bern. Politiker, die ohne Wenn und Aber für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung sowie für eine glaubwürdige Milizarmee eintreten. Wählen Sie deshalb Gregor Rutz in den Ständerat!



Der seit bald zwei Jahren andauernde Ukraine-Krieg, die Terrorangriffe auf Israel und viele weitere kriegerische Auseinandersetzungen weltweit zeigen uns schonungslos auf, dass Sicherheit und Freiheit keine Selbstverständlichkeiten sind – nicht einmal in Europa!

Aufgrund der offenen Entwicklung des Ukraine-Kriegs ist selbst eine mittelbare militärische Bedrohung der Schweiz nicht auszuschliessen. Aber sind wir überhaupt verteidigungsfähig? Derzeit nur bedingt; denn der Zustand unserer Armee ist teilweise besorgniserregend. Problematisch steht es insbesondere um den verfassungsmässigen Kernauftrag – die Verteidigung, das Kämpfen. Die Kompetenzen der Armee erreichen die verlangte Tiefe nicht. Die Ursachen liegen primär in der ungenügenden Verteidigungsfähigkeit, Ergebnis des verunglückten Reformprojekts Armee XXI von 2003, das auf den reinen Kompetenzerhalt reduziert wurde. Selbst nach 2003 wurden die Armee laufend verkleinert und das Budget markant heruntergefahren.

Milizarmee aufrüsten

Bedenklich: Die Schweizer Armee kann in einem Verteidigungskrieg nur wenige Wochen durchhalten. Es ist eine Tatsache, dass unser reiches Land nur noch 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Verteidigung

aufwendet – das ist im europäischen Vergleich beschämend wenig. Wenn schon die meisten europäischen Staaten bestrebt sind, die von der Nato geforderten rund zwei Prozent ihres BIP für die Verteidigung auszugeben, muss die bündnisfreie, neutrale Schweiz erst recht im Minimum ein Prozent bereitstellen können. Dies entspricht bis 2030 einem Budget von rund neun Milliarden Franken (heute: 5,5 Milliarden Franken).

Wir müssen unsere Milizarmee dringend aufrüsten und damit ihre Glaubwürdigkeit für die Sicherheit unseres Landes stärken. Aber auch unsere europäischen Nachbarstaaten erwarten von der Schweiz zu Recht einen ernsthaften Beitrag für eine gesamtheitliche europäische Sicherheitsarchitektur. Das funktioniert aber nur dann, wenn wir ebenfalls nachziehen und entsprechend mehr Mittel bereitstellen – materiell, finanziell und personell.

Reformstau lösen

Die Armeeführung hat die Konsequenzen aus den aktuellen Bedrohungen des konventionellen Krieges in Europa gezogen und im August 2023 den neuen Strategiebericht «Die Verteidigungsfähigkeit stärken» veröffentlicht. In erster Priorität müssen nun die 24 Hauptsysteme der Bodentruppen abgelöst werden, um die Abwehrfähigkeit der kaputtgesparten Armee markant zu verbessern. Dieser Reformstau muss rasch gelöst werden, ohne langfädige und zeitraubende Analysen. Auch die personelle Alimentierung der Armee muss jetzt sichergestellt werden.



innova
Sicherheitstechnik.com

INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!











WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

Hierfür brauchen wir in Bern glaubwürdige Sicherheitspolitiker wie Gregor Rutz, welche die Zeichen der Zeit erkannt haben. Dank der Erhöhung der Militärausgaben auf ein Prozent des BIP beschleunigt die Schweiz den zähflüssigen Beschaffungsprozess, und sie gewinnt wertvolle Zeit für den Ausbau der Verteidigungsfähigkeit sowie des besseren Schutzes des Landes und seiner Bevölkerung. Mit seinen Anfang 2023 beschlossenen Armee-Sparmassnahmen handelte der Bundesrat genau gegenteilig und sendet damit das gefährliche Signal aus, mit dem militärischen Aufwuchs habe es derzeit keine Eile.

Damit torpedierte der Bundesrat den Willen des Parlaments zu einem Kurswechsel. Im Weiteren rückt er vom Ziel ab und schiebt die Schuldenbremse vor. Sie sticht hier als Argument jedoch nicht, um kurzfristig 1,6 Milliarden Franken bei der Armee einzusparen. Weder liegt ein umfassendes Sparprogramm vor, noch lassen sich so Investitionen seriös planen. Der Bundeshaushalt hat andernorts genügend Kürzungspotenzial.

Parlament muss handeln

Der Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG) erwartet vom neuen Parlament eine unmissverständliche Korrektur des Bundesratsentscheids. Das geht jedoch nur mit Parlamentarierinnen und

LACHEN VERBOTEN!

Robert Habeck, der «geniale» Wirtschaftsminister und Vizekanzler der deutschen Ampel-Regierung, äusserte sich zur desolaten Wirtschaftsentwicklung wie folgt: «Unsere Wirtschaft befindet sich nicht in einer Schiefelage – es wird einfach weniger produziert.»



Parlamentariern, die sich ohne Wenn und Aber für die Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung sowie für eine starke Milizarmee einsetzen.

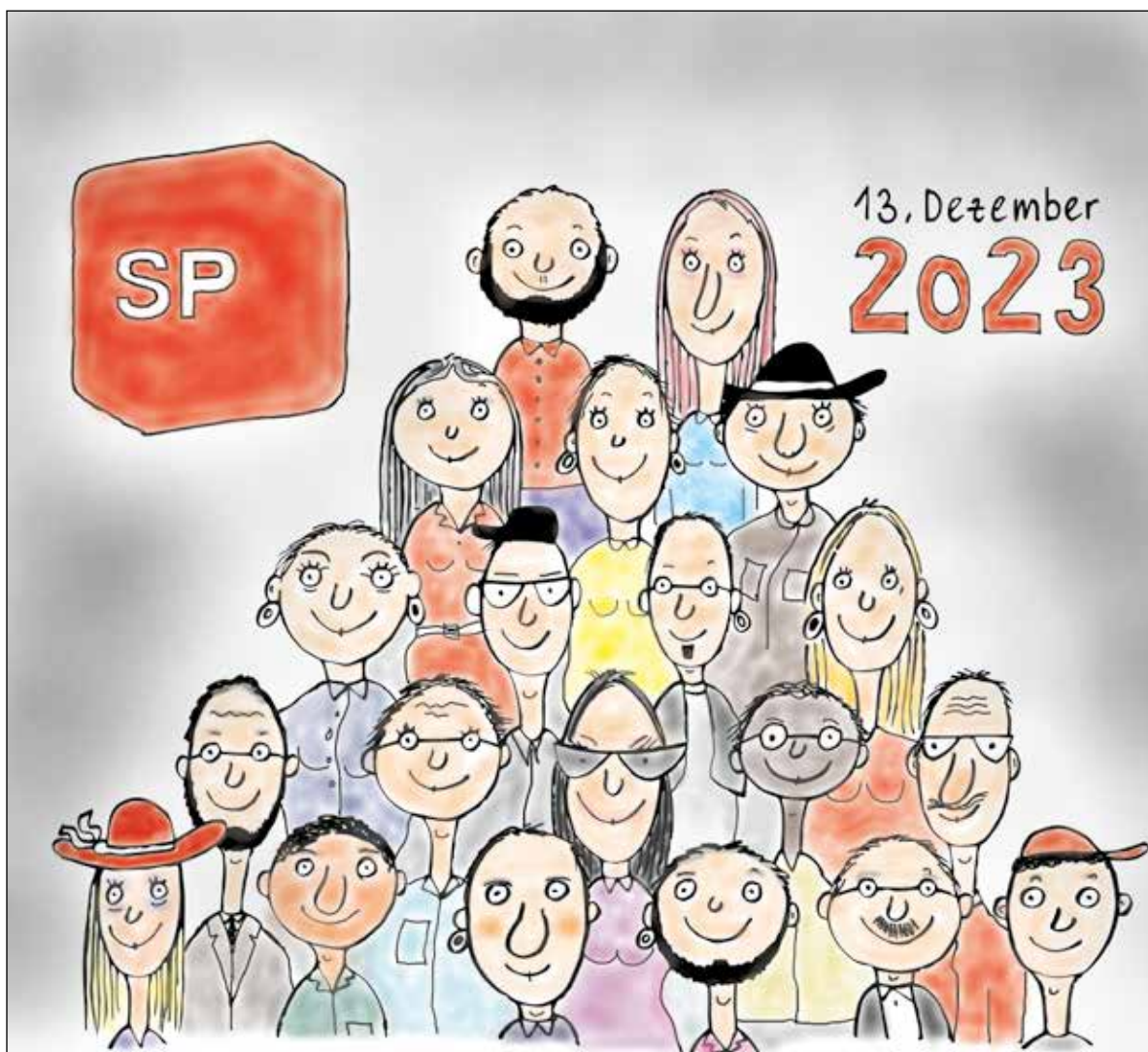
Gregor Rutz ist einer davon. Er verdient unser Vertrauen, weil er sich uneingeschränkt für unsere Sicherheit und unsere Armee einsetzt. Geben wir Gregor Rutz unsere Stimme als künftiger Ständerat des Kantons Zürich in Bern!

Stefan Holenstein

Der Verband Militärischer Gesellschaften Schweiz (VMG) ist ein unabhängiger militärischer Dachverband gemäss Art. 6 Abs. 1 VATV. Der VMG vereinigt derzeit über 30 militärische Vereine und Gesellschaften (Unteroffiziers-, Offiziers- und Fachgesellschaften) mit annähernd 100'000 Mitgliedern. Er bezweckt die gegenseitige Unterstützung bei den ausserdienstlichen Tätigkeiten und nimmt zu sicherheits- und armeepolitischen Fragen dezidiert Stellung. Vgl. www.vmg-ams.ch

SP-Bewerber*Innen auf der Schwelle zum Bundesratszimmer

*cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl*



Wintersession 2023 der Eidgenössischen Räte

Aufruf an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Sehr geehrte Damen und Herren

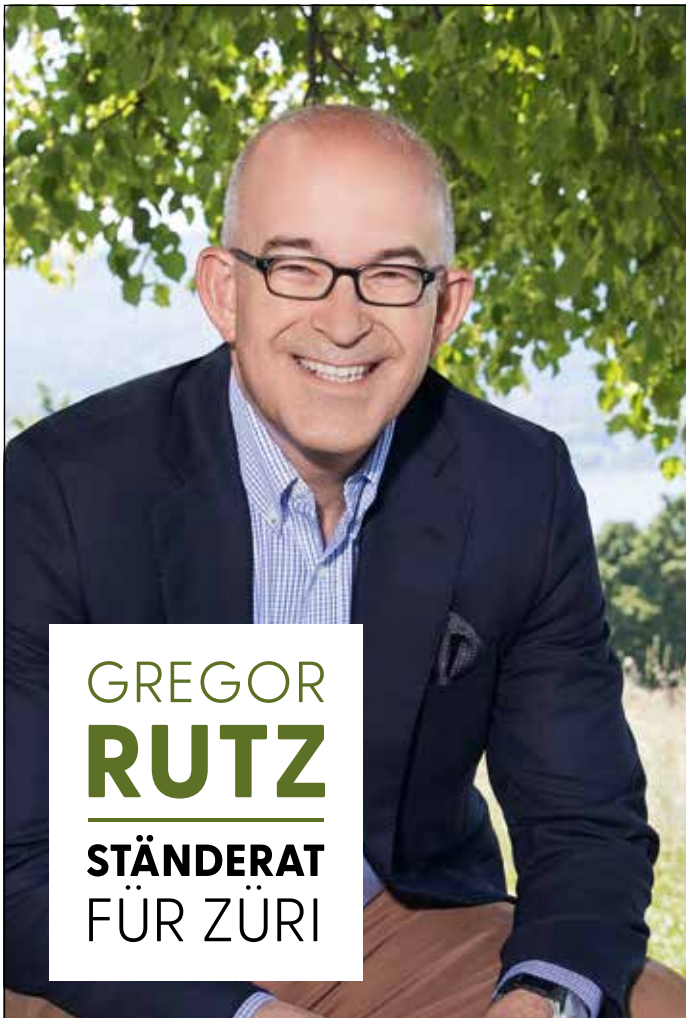
Sie haben sich mit Ihrer erfolgreichen Wahl in den National- oder Ständerat entschieden, in einer äusserst schwierigen Zeit des geopolitischen Umbruchs in Europa gegenüber dem Schweizer Volk Verantwortung zu übernehmen. Dafür möchten wir Ihnen danken.

Verantwortung übernehmen bedeutet aber auch, sich für den Schutz unseres Landes und die Sicherheit der Bevölkerung einzusetzen. Wir meinen damit besonders unsere Landesverteidigung, die gemäss Bundesverfassung Art. 58, Abs. 2, im Ernstfall eine wesentliche Aufgabe zu erfüllen hat, deren Glaubwürdigkeit seit dem Ausbruch des vermeintlich ewigen Friedens jedoch stark gelitten hat.

Die Armee muss in personeller wie materieller Hinsicht in schnellen Ausbauschritten wieder Dissuasionsfähigkeit erreichen, weshalb der Aufwand für die Landesverteidigung mit mindestens ein Prozent des

Bruttoinlandsprodukts (BIP), also der gesamten volkswirtschaftlichen Leistung, bis 2030 festgelegt werden muss. Mit seiner Absicht, diese dringlich notwendige Budgeterhöhung bis 2035 aufzuschieben, entzieht der Bundesrat unserer Landesverteidigung zehn Milliarden Franken und überschreitet damit eine rote Linie. Er verschiebt die längst überfällige Vollausrüstung und dringliche Modernisierung unserer Armee, und dies in einer sicherheitspolitisch ungewissen und zunehmend unberechenbaren fernen Zukunft.

Unsere Regierung signalisiert damit – trotz klaren Vorgaben in unserer Bundesverfassung – dass sie nicht gewillt ist, die deutlichen Zeichen der Zeit zu erkennen und die unabdingbare, zwingend notwendige Neuorientierung unserer Landesverteidigung als ihr einziges strategisches Instrument rasch und zielbewusst an die Hand zu nehmen. Der ausserordentlichen geopolitischen Lage mit einem beachtlichen Flächenbrandpotential kann mit dem Argument «Einhalten der Schuldenbremse» nicht angemessen begegnet werden. Sie



«Mit Gregor Rutz habe ich lange in Bern politisiert. Er kennt die Dossiers, tritt überzeugend auf und leistet seriöse Arbeit. Ich wähle ihn als Ständerat – geben auch Sie ihm Ihre Stimme – für einen starken Standort Zürich!»

Natalie Rickli
Regierungsrätin

19. Nov.:
**Gönd jetzt
go wähle!**

Komitee «Gregor Rutz – Ständerat für Züri» –

Postfach 470 – 8702 Zollikon – rutz-fuer-zuerich

Co-Präsidium: Matthias Baumberger, alt Gemeinderat
Mitte – Linda Camenisch, Kantonsrätin FDP – Rita Fuhrer,
alt Regierungsrätin SVP – Dr. Andreas Honegger, alt
Kantonsrat FDP – Filippo Leutenegger, Stadtrat FDP –
Ueli Maurer, alt Bundesrat – Natalie Rickli, Regierungsrätin SVP – Marianne Zambotti-Hauser, Präsidentin
Gewerbeverband Bezirk Meilen



führt unser Land in Bezug auf die Sicherheitspolitik zur Selbstaufgabe, womit Art. 2 der Bundesverfassung zur Makulatur verkommt. Es ist zwingend, dass unser Parlament hier endlich korrigierend einschreitet und Gegensteuer gibt.

Sie haben als Parlamentarierin oder Parlamentarier in der Wintersession 2023 die letzte Chance, dafür besorgt zu sein, dass das VBS-Budget eine wiederum glaubwürdige und verteidigungsfähige Armee ermöglicht. Denn wir wollen weiterhin souverän und unabhängig bleiben.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

*Peter Bosshard, Präsident
«Forum Flugplatz Dübendorf»*



Wahnsinn. Zum «Mantelerlass» können Sie noch bis zum 28.12.2023 Unterschriften einreichen (www.bnl-unp.ch/referendum). Mit dem Mantelerlass würde der Weg geebnet für 4'000 Windturbinen mit bis zu 230 Metern Höhe. Stoppen wir den Wahnsinn!

*

Real. Aus dem realen Leben eines schweizerischen Mittelständlers (Mitteilung geprüft): Die AHV-Monatsrente beträgt 1'532 Franken. Mit der Ehepaar-Rente werden dem Ehepaar pro Monat 1'000 Franken gestohlen (im Vergleich zu zwei Einzelrenten). Der Grundsteuersatz ist aktuell bei ca. zwanzig Prozent. Der Eigenmietwert wird ebenfalls zum Grundsteuersatz als Einkommen berechnet. Die Einlagensicherung ist auf 100'000 Franken (aufaddiert) pro Person limitiert worden – mit der Konsequenz, dass auf mehrere Banken «verlagert» wird. Was wiederum höhere Bankgebühren insgesamt zur Folge hat. Die Bankgebühren sind per 1.1.2023 verdoppelt worden und werden per 1.1.2024 nochmals drastisch erhöht. Fazit: Laufende Abzocke und laufende Einkommensverminderung.

Tis Hagmann

Sie haben doch gesagt, es kämen Verfolgte...



Aber es kamen, wie sich jetzt zeigt, auch Abertausende, die jetzt – Fahnen islamistischer Terror-Organisationen schwenkend – in den Strassen von Schweizer Städten johlend die Massakrierung von Juden feiern. Und andere entpuppen sich als prügelnde Schergen eines Regimes, die hier in der Schweiz Oppositionellen aus gleichem Land blutige Strassenschlachten liefern. Aber die Schwarznasenschaf-Expertin – eigentlich für Einwanderung, Innere Sicherheit, Asylgewährung und Asylmissbrauch zuständig – weiss zum üblen Geschehen nichts als ihr notorisches Lachen zu präsentieren.

Noch Schlimmeres begehen die Neutralitäts-Ausverkäufer in Cassis' Departement: Frau Pascale Baeriswyl, Dauer-Schwätzerin im Uno-Sicherheitsrat, unterstützt – unter Hamas-Applaus – als einzige Europäerin eine Uno-Resolution, die Israels Abwehrkampf gegen blutrünstige Terroristen genau gleich bewertet wie die von den Terroristen angerichteten Blutbäder.

Die Gründe solch beschämender Parteinahme verschweigen – als Dritte im schlimmen Bund – all unsere Eintopf-Medien eisern: Wer in der Uno Karriere machen will – offensichtlich träumen Cassis und Baeriswyl davon –, darf es mit dem Block muslimischer Staaten um keinen Preis verderben. Israel hat in der Uno-Vollversammlung, die über Karrieren entscheidet, nur eine einzige Stimme. Israel ist für Karrieristen also vernachlässigbar. Die muslimischen Staaten dagegen bilden einen festen Block mit den rund vierzig Stimmen aller muslimischen Staaten in Nah-, Mittel- und Fernost sowie in Afrika.

**Spalte
rechts**

Wer in der Uno Karriere machen will, muss sich diese vierzig Stimmen sichern. In der Uno entscheiden nicht ethische Grundsätze, nicht der Einsatz für Menschenrechte, nicht Bekenntnisse zum Völkerrecht über den Aufstieg in höhere Chargen. Rücksicht auf wahlentscheidende Stimmen ganzer Blöcke entscheiden – Hamas hin oder her.

Indem es in diesem widerwärtig-üblen Spiel mitmacht, opfert das Departement Cassis die Schweizer Neutralität zugunsten charakterloser Opportunisten auf der Karriereleiter der Weltorganisation.

Ulrich Schlier

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch



*Kennen Sie jemanden aus dem Kanton Solothurn?
Dann rufen Sie ihn dazu auf,
Christian Imark zu wählen.
Jede Stimme zählt!*

Am 19. November

Christian Imark

in den Ständerat.
für Bauern, Gewerbe & Bürger

www.imark.jetzt



Bürgerliche Schweiz stärken

SVP-Nationalrat Christian Imark ist bestgewählter Nationalrat des Kantons Solothurn und will im Ständerat auf bürgerliche Mehrheiten setzen. Im nachfolgenden Interview zeigt er seine politischen Schwerpunkte auf und beurteilt seine Chancen.



Herr Imark, herzliche Gratulation zur glanzvollen Wiederwahl. Wie können Sie den Schwung nun mitnehmen in den zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen?

Christian Imark: Ich bin sehr dankbar über das hervorragende Ergebnis und betrachte es als Lohn für die harte Arbeit der vergangenen Jahre. Nun hoffe ich, dass wir mit vereinten bürgerlichen Kräften die wichtigsten Dossiers in Bern

vorwärtsbringen können. Und ja, es gibt auch die Möglichkeit, in unserem Kanton eine ungeteilte bürgerliche Standesstimme zu haben und die Landbevölkerung ebenfalls vertreten zu lassen.

Die Mitte hat für den zweiten Wahlgang Stimmfreigabe beschlossen, von der FDP gibt es Unterstützung, aber einzelne Exponenten haben gegen den Entscheid der Parteilinie offen opponiert. Wie beurteilen Sie die Ausgangslage?

Bei Wahlen gibt es immer auch Partikularinteressen, das ist normal. Aber es gibt auch viele konstruktive Kräfte, denen eine bürgerliche Politik tatsächlich am Herzen liegt. **Ich spüre grossen Support von der Wirtschaft, vom Gewerbe, von der Landwirtschaft und von vielen Menschen landauf, landab, die sich nicht ausschliesslich von Stadtsoothurnern vertreten lassen möchten. In der Steuer-, Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Verkehrs-, Sicherheits-, Asyl- oder Sozialpolitik und vielen weiteren Bereichen sehe ich grosses Potential für bürgerliche Lösungen.**

Als Kantonsratspräsident haben Sie sich Respekt über die Parteigrenzen hinweg erarbeitet. In den letzten Jahren haben Sie eher pointierte SVP-Politik gemacht. Wie können Sie eine Mehrheit von sich überzeugen, ein guter Ständerat zu sein?

Dass viele noch mein Wirken als Kantonsratspräsident in Erinnerung und mich in den letzten Jahren als Nationalrat wahrgenommen haben, spricht im Prinzip für mich. Es zeigt, dass ich in unterschiedlichen Funktionen unterschiedlich agieren und mir Gehör verschaffen kann. **Ich nehme meine Aufgaben stets sehr ernst und ich werde auch das Mandat des Ständerates mit**

Christian Imarks Ziele:

- Christian Imark will den Schwung der Nationalratswahlen mitnehmen in die Ständeratswahl und auch seine Kritiker von sich überzeugen.
- Er will als Ständerat eine prägende Figur für die Interessen des Kantons Solothurn werden. Dabei setzt Imark auf bürgerliche Mehrheiten.

viel Engagement ausführen, sodass sich ein grosser Teil unserer Bevölkerung gehört und vertreten fühlt.

Vor vier Jahren haben Sie schon einmal für den Ständerat kandidiert. Was ist heute anders als damals?

Damals, als ich mit Roberto Zanetti kandidierte, habe ich sehr viel gelernt und mich in der Zwischenzeit auch in Bern gut verankert. Daneben habe ich meine Unternehmen weiter aufgebaut, und meine Familie gedeiht. Ich kann sagen, dass ich heute vom Alter her sowie von der politischen und persönlichen Lebenserfahrung zu 100 Prozent bereit bin für den Sprung in die kleine Kammer, wo eine andere Kultur herrscht als im Nationalrat.

« Das aktuelle Zitat »

«Immer hohler klingen die rituellen Bekenntnisse der Bundesregierung und Vertreter der etablierten Politik, die Israels Sicherheit zur «Staatsräson» erklären und beteuern, «unverbrüchlich an der Seite Israels» (Olav Scholz) zu stehen. Keinen Pfifferling wert sind diese Schwüre, denn der deutsche Staat ist militärisch noch nicht einmal in der Lage, die eigene Sicherheit zu garantieren. Die deutschen Grenzen sind offen, die Bundeswehr ist nicht einsatzbereit. Noch dazu subventioniert Berlin direkt und über die EU die von Terroristen beherrschten palästinensischen Gebiete mit Hunderten Millionen Steuergeldern jährlich und geht nicht konsequent gegen islamistische Verbände in Deutschland vor, die sich mit den Terroristen solidarisieren. Hier müssen klare Entscheide fallen. Ansonsten sind alle Solidaritätsbekundungen reine Farce. Noch heuchlerischer sind die öffentlichen Krokodilstränen über «wachsenden Antisemitismus». Die Politik hat Deutschland seit 2015 durch unkontrollierte Masseneinwanderung aus dem muslimisch-arabischen Raum mit Bevölkerungsgruppen geflutet, die zu einem brisanten Teil unser Land verachten und Juden hassen. Und es wird noch immer nicht gehandelt.»

Dieter Stein, Chefredaktor der «Jungen Freiheit», in der Ausgabe vom 13.10.2023

Leserbriefe

Gregor Rutz hat das Format

Frau und Mann sind gleichberechtigt. Da gibt es nichts einzuwenden. Deshalb muss für die Wahl in den Ständerat das Format entscheiden, nicht das Geschlecht. Da liegt Gregor Rutz klar vorne. Nationalrat Rutz bringt beruflich weit mehr mit als seine Konkurrentin. Er ist kein Einbahn-Politiker, kein Ideologe. Seine Aussagen sind stets faktenorientiert; davon konnten wir uns bei seinem ausgezeichneten Referat über die Migration in Aadorf TG überzeugen. Auch die Umwelt liegt ihm am Herzen. Strom muss für alle Einwohnerinnen und Einwohner sowie für Gewerbe und Industrie bezahlbar sein. Gegenüber der Windenergie ist er skeptisch. Wenn der Wind nicht bläst, geben eben auch hundert Windräder nicht mehr Energie als eines (0×100 ist 0), nur die Kosten bleiben immens. Bevor Rutz spricht, atmet er. Andere Meinungen hört er an und argumentiert dann überzeugend und sachlich. Polemisch oder verletzend ist er nie. Seine soziale und wertkonservative Haltung ist genau das, was man von einem Ständerat erwartet. Neben Ständerat Jositsch ist er politisch die ideale Ergänzung, um den Stand Zürich in Bern weiterhin würdig zu vertreten. Obwohl wir heute angrenzend an den Kanton Zürich wohnen, gestatten wir uns, an die Zürcher Bevölkerung zu appellieren: Nehmen Sie bitte die Chance wahr, wählen Sie Gregor Rutz in den Ständerat!

*Prof. Hugo E. Götz, a. Gemeindepräsident Rickenbach ZH
Kurt Streil, a. Stadtrat, Diessenhofen TG*

Wehrpflicht muss durchgesetzt werden

Die Durchlöcherung der Wehrpflicht ist in höchstem Masse schädlich für unsere Armee und damit für die Sicherheit unseres Landes. Es gibt zwei Gutachten, jenes von Prof. Dr. Dietrich Schindler vom 14. April 1999, und das zweite von Prof. Dr. Rainer I. Schweizer vom 23. August 2010. Beide befassen sich u.a. mit der Wehrpflicht. Schindler schreibt: «Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und zivilen Dienstleistungen ist ausgeschlossen» (Art. 59 Abs. 1 BV). Das geschieht derzeit aber noch und noch. Was sagt das Gesetz zum zivilen Ersatzdienst? «Militärdienstpflichtige, die den Militärdienst mit ihrem Gewissen nicht



Unerträglich

Es braucht ziemlich viel, dass mich etwas erschüttert. Das war und ist nun aber gleich zweimal der Fall. Zuerst sind es die furchtbaren Massaker, welche die Hamas-Terroristen gegenüber israelischen Zivilisten, Frauen, Alten und sogar Kleinkindern verübt haben – mit Szenen, die unerträglich und unbeschreiblich sind. Wenn es menschliche Bestien gibt (Tiere handeln «humaner»), dann sind sie hier «aktiv» geworden und müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Ein zweites unerträgliches Ereignis ist für mich die Tatsache, dass die Schweizer Uno-Vertretung kürzlich eine völlig einseitige Resolution gegen Israel unterstützt hat. Diese Resolution – u. a. auch von Nordkorea eingebracht – verlangt eine sofortige «humanitäre Waffenruhe», wobei jeder Hinweis fehlt, dass die erneute Eskalation durch den Hamas-Terror ausgelöst wurde. Israel wird damit gleichzeitig das Recht zur Selbstverteidigung abgesprochen. Ausgerechnet die neutrale Schweiz gesellt sich zu den Israel-Feinden, während sich beispielsweise Italien, Finnland, Schweden und die Niederlande der Stimme enthalten haben. Dazu kommt, dass die Schweiz das Palästinenser-«Hilfswerk» (UNRWA) bislang mit über 600 Millionen Steuerfranken unterstützt hat – mit Millionen, welche grossenteils den Hamas-Terroristen zugutekommen. Die bürgerlichen Kräfte in Bundesbern müssen die skandalösen Fehlleistungen des Aussendepartementes nun definitiv stoppen. Zudem muss die Neutralitätsinitiative, welche unsere umfassende Neutralität in der Verfassung verankern und wieder herstellen will, mit aller Kraft vorangetrieben werden.

Nina Fehr Düsel, Küsnacht ZH

vereinbaren können, leisten auf Gesuch hin einen länger dauernden zivilen Ersatzdienst (Zivildienst)». Von freier Wahl keine Rede. Heute jedoch besteht diese verfassungs- und gesetzeswidrige freie Wahl. Der verlangte Gewissenskonflikt wird völlig missachtet. Deshalb ist der Zivildienst im Aufwind. Verfassung und Gesetz werden heute willkürlich, ja grobfahrlässig verletzt. Die Politik tut nichts, um die Einhaltung der Wehrpflicht durchzusetzen. Zum Vergleich: Wir haben bekanntlich auch eine Steuerpflicht, und da gibt es auch keine freie Wahl, ob man sie erfüllen will oder nicht. Um diese Fehlentwicklung mit dem Zivildienst zu beenden, muss die Politik endlich aktiv werden.

Simon Küchler, Korpskommandant aD, Steinen SZ

Freies Palästina mit Hamas?

Sie rufen «Free Palestine» und feiern das Massaker. Was verstehen diese Menschen unter Freiheit? Für mich bedeutet Freiheit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Nur dann kann ich frei sein. Glauben die Demonstranten wirklich, dass sie dies in Gaza erreichen können? Die Hamas werden keine Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zulassen. Sie werden einen Gottesstaat nach dem Vorbild



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Landfriedensbruch als auferzwungener Import



Manches hiesige Politgeschehen zu beobachten, um dann zu schlüssiger Beurteilung zu gelangen, gestaltet sich selbst für Politiker oft schwierig. Authentisches Beispiel: Zwei verfeindete Asylbewerbergruppen, allesamt Eritreer, prügeln sich jüngst im zürcherischen Opfikon mit solcher Brachialgewalt, dass es eines polizeilichen Grossaufgebotes bedurfte, um die öffentliche Sicherheit wieder herzustellen. Nun hat die Staatsanwaltschaft Zürich ein Verfahren gegen 15 Hauptträdelsführer beider Lager eröffnet, aus dessen Ermittlungsverlauf zwei Punkte hervorstechen.

Punkt 1: Die eine eritreische «Kampfgruppe» hatte zuvor in der Schweiz Asylantrag gestellt, obwohl sie als Anhänger des ostafrikanischen Diktators Isayas Afewerki, der seine Anhänger stets gewähren lässt, daheim gar nichts zu befürchten haben. Was wollen also diese Leute in der Schweiz, wenn sie doch im eigenen Land vor Nachstellung sicher sind? Nebenbei: Wieso ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart in selber Sache zum «Eritreer Kampf», der sich nicht mal auf deutschem sondern auf Schweizer Boden zutrug?

Punkt 2: Bundesbern zeigt sich beschämend machtlos und wagt nicht einmal den Versuch einer Abschiebung der beiden als Asylanten getarnten «Kampftruppen» in ihr Heimatland. Es besteht ein Grund für die offenkundige Schweizer Hilflosigkeit gegenüber Einwanderern, die nicht (nur) ob eigener Notlage ins Land kamen, sondern um hier ihre Kämpfe auszutragen.

Sie wissen, dass sie hierzulande weitaus mehr (internationale) Aufmerksamkeit generieren als auf eigenem Staatsgebiet. Schweizer Migrationsverantwortliche des Bundes (SEM) wissen zudem haargenau, dass Rückführungsversuche zwecklos wären, lehnt doch die eritreische Regierung unter Allmachts-Diktator Isayas Afewerki jede Zwangsrückführung westlicher Staaten prinzipiell ab und verweigert auch der Schweizer Regierung dazu die Kooperation. Diese Antwort jedenfalls erhielt SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi auf seine Nachfrage vom Schweizer Bundesrat.

Tristes Fazit: Wie von Eritreas Regierung (alias Diktator Isayas Afewerki) vorgesehen, findet also fortgesetzter gewaltsamer Landfriedensbruch durch Anhänger respektive Gegner auch künftig nicht im eigenen Land, sondern auf Schweizer oder EU-Boden statt.

Charly Pichler *pichler@thurweb.ch*

Irans durchsetzen wollen. Für Freiheit auf die Strasse zu gehen, ist richtig, aber an dem Ort, wo es keine Freiheit gibt. Die vielen Milliarden Euro, die die Hamas erhalten haben, wurden überwiegend in Kriegsmaterial und Tunnelbauten investiert statt in Schulen, Universitäten und Arbeitsplätze. Auf den Bannern müsste stehen: «Freiheit in Gaza von Hamas». Dann könnte man es unterstützen. Jede Herrschaft geht einmal zu Ende.

Andi Bichsel, Othmarsingen AG

Zum «Schlusspunkt» von Anian Liebrand

Zum Schlusspunkt «Pöbelnde Reform-Katholiken» (Schweizerzeit Nr. 21/2023) von Anian Liebrand folgende Bemerkungen: Nicht alle Fakten und Anschuldigungen

gegen die katholische Kirche sind aus der Luft gegriffen, aber dazu braucht es unbedingt eine fundamentale Bibelkenntnis. Ich will ganz sicher nicht die katholische Lehre in den Dreck ziehen, aber unbiblisch ist doch zum Beispiel die Hierarchie. Die katholische Kirche ist streng hierarchisch organisiert – mit dem Papst an der Spitze. Dann folgen Kardinäle, Bischöfe und Dechanten bis hin zu den Gemeindepfarrern auf unterer Ebene. Das Wort Gottes sagt jedoch unmissverständlich: *Einer ist euer Vater* (Gott selber) *und einer ist euer Lehrer* (Jesus Christus), *und Ihr alle seid Brüder im Herrn*. Da gibt es kein Zölibat, sondern genau das Gegenteil. Und das fördert den Missbrauch. Darum ist Bibellesen unbedingt erforderlich.

Bruno Ade, Ursenbach BE

GOAL GLOSSAR

Rhetorik

Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

Rhetorik

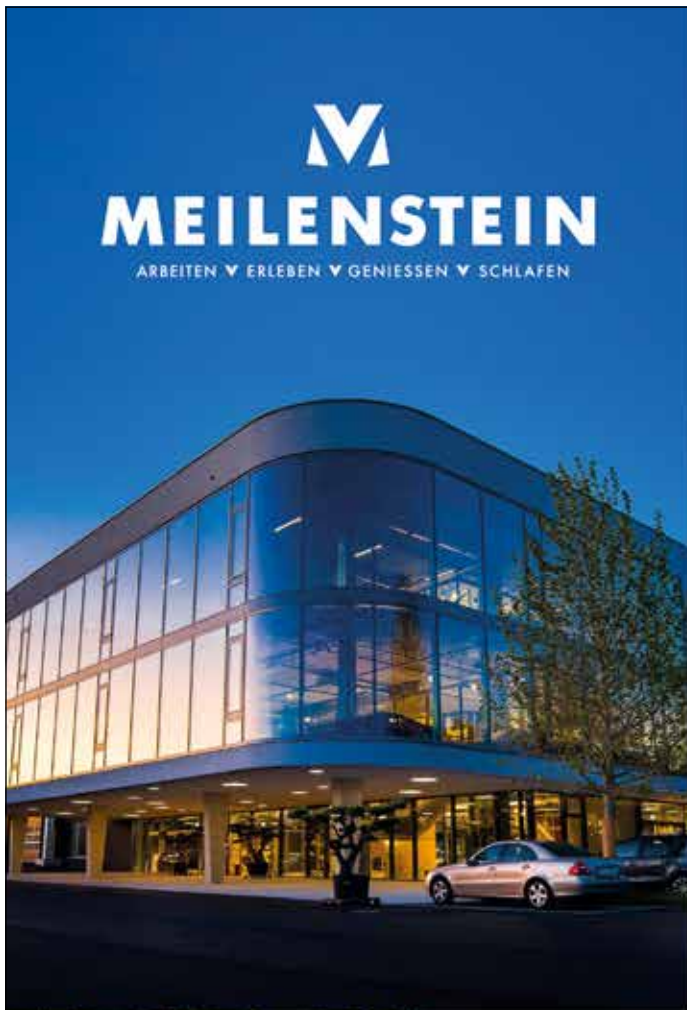
<griech.> rhetorike (die Redekunst)

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel. 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

«Unbürokratische Geschlechtsänderung»

Max: Keine RS, dafür Damensauna

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die «Freitagnachmittags-Geschlechtsänderung» für 75 Franken werde nicht missbraucht, um nicht in die RS gehen zu müssen, jubelten unsere unkritischen Medien. Die Wahrheit ist eine andere.



«Max» wollte nicht ins Militär. Also spazierte er Mitte des Jahres zum Amt, angezogen wie ein Mann und erklärte der Beamtin mit seiner tiefen Stimme, er wolle inskünftig als Frau gelten. Fragen musste er keine beantworten. Zwei Minuten und 75 Franken später war er im Personenregister als Frau namens «Max» registriert. Und freute sich auf Damensauna statt RS.

Mit 75 Franken Einsatz 30'000 Franken garantiert

So etwas hatte Justizministerin Karin Keller-Sutter im Jahr 2020 noch kategorisch ausgeschlossen. Zu gross seien die Auswirkungen auf das private Leben, Missbrauch werde es nicht geben. Dann kam «Noah» in die Zeitung: Zehn Minuten und 75 Franken waren sein Einsatz, mit denen er sich als «Frau» ein Jahr früher pensionieren lassen konnte. Nicht schlecht für einen Gewinn von nahezu 30'000 Franken. Die Versprechungen der Bundesrätin, Missbrauch werde es nicht geben, waren wie voraussehbar nur eines: leer.

Fast jeder fünfte Fall ist verdächtig

Also gab der Bundesrat ein Kurzgutachten bei einer Rechtsprofessorin in Auftrag. «Missbräuche bei einem Geschlechtswechsel sind absolute Ausnahmefälle», bejubelten Medien die Ergebnisse. Es gebe niemanden, «der bloss der Wehrpflicht entgehen wollte. Und auch niemanden, der sich aufgrund des Wechsels zur Frau ein Jahr früher die AHV sichern wollte.» Wirklich? Man kann das Gutachten auch anders – kritisch – lesen: Bei 128 Personen von 786 untersuchten Fällen, also bei 16,3%, erfolgte z. B. anlässlich der Änderung des Geschlechtseintrags merkwürdigerweise keine Vornamensänderung. Fast jeder fünfte Fall ist also verdächtig.

Jede dritte Geschlechtsänderung ist potenziell missbräuchlich

Bei 24 Personen stand zudem der Militärdienst unmittelbar bevor und sechs Männer liessen sich kurz vor dem AHV-Frauenalter zur Frau umschreiben. Bei 58 zusätzlichen Fällen gab es «weitere Auffälligkeiten». 88 oder mehr als zehn Prozent der erfassten Fälle sind also verdächtig. Zählt man die Personen dazu, die zwar den Namen nicht änderten, aber von den Behörden dennoch nicht als verdächtig betrachtet wurden, so sind wir schon bei über zwanzig Prozent potenziellen

Missbrauchsfällen (160 Fälle). Nehmen wir die Dunkelziffer hinzu muss man sagen: Jede dritte Geschlechtsänderung erfolgte potenziell missbräuchlich.

Behörden schlafen

Trotz der rekordhohen Zahl von 160 Verdächtigen haben die Zivilstandsämter nur in gerade vier Fällen den eigentlich vorgeschriebenen Kontakt mit der kantonalen Aufsichtsbehörde aufgenommen. Bei diesen vier Personen, die der kantonalen Aufsichtsbehörde gemeldet wurden, verfolgte diese in drei Fällen das Verfahren nicht weiter. Der einzige Fall, in dem die Behörden überhaupt etwas machten war der eingangs erwähnte «Max», der sich selbst als Betrüger geoutet hatte. Da konnte man nicht gut auch untätig bleiben.

Kein Missbrauch, aber ...

Obwohl die Gutachterin nur wenig Missbrauch ortet, macht sie Vorschläge, wie dieser verhindert werden könnte. Der Entwurf zum deutschen Selbstbestimmungsgesetz verhindert z. B. gewisse Missbrauchssituation von vornherein, indem ab der Anmeldung zur Änderung des Geschlechts und Vornamens gegenüber dem Standesamt eine 15-monatige Sperrfrist gilt.

Ob damit der Mann auch in der Damensauna verhindert werden kann, ist aber fraglich.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Wissen Sie, wie von abgehobenen Juristen der Zeuge zu einem Verfahren – wenigstens in Deutschland – neuerdings bezeichnet wird? Er ist «nichtbeschuldigter Drittbetroffener». Trägt es nicht ungemein zum Glück der Menschheit bei, dass uns Paragraphenreiter derart wohldurchdachte, komplizierte, Fach-Formulierer benötigende Erklärungen zu eigentlich ganz simplen Umständen zu liefern sich in der Lage fühlen? Aber die Funktionsbürokratie sorgt dafür, dass es für alles und jedes immer mehr Bürokraten braucht.

*

Da hat doch erst gerade noch der einschlägig ziemlich bekannte Imam Muris Begovic in der Uniform der Schweizer Armee – erhalten ohne Schweizer Militärausbildung – einen alle überraschenden muslimischen Kniefall gen Mekka vor einer Bataillons-Standard öffentlich wirksam inszeniert. Wird dieser klare Verstoss von unserer Armeeministerin auch nach der von Hamas entfesselten Schlächtereier an Juden immer noch schlicht «übersehen»?

us



swiss-classic-car.ch



Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden
044 701 22 44

Neue Aktionärsbindung und Eignerstrategie AXPO Holding AG

Kantonsrat im Würgegriff von Grünen und Grünliberalen



von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küssnacht ZH

§ 2 b des Energiegesetzes des Kantons Zürich respektive § 11 b des Gesetzes betreffend die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) sollen gemäss Beschluss des Zürcher Kantonsrates neu wie folgt lauten: Der Regierungsrat respektive die EKZ setzen sich bei der Ausübung ihrer Stimmrechte dafür ein, dass «sich die gemeinsame Eignerstrategie der Aktionäre (...) an den Zielsetzungen der Schweizer und der Zürcher Klimapolitik orientiert.»



Der Gründungsvertrag der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK), heute AXPO Holding AG, aus dem Jahre 1914 ist veraltet und teilweise nicht mehr anwendbar. Er soll durch einen neuen Aktionärsbindungsvertrag abgelöst werden. 2001 wurde die Axpo Holding AG gegründet, und ihre heutigen Aktionäre (Kanton Zürich, EKZ, Kanton Aargau, AEW

Energie AG, SAK Holding AG, EKT Holding AG, die Kantone Schaffhausen, Glarus, Zug und Thurgau, die EKT Holding AG, die Kantone bzw. Halbkantone St. Gallen und Appenzell sowie die SAK Holding) sind indirekt an der AXPO Holding beteiligt und tauschten ihre NOK-Aktien in Aktien der AXPO Holding AG um.

Die NOK wurde in die die Axpo Power AG, eine 100%ige Tochter der Axpo Holding, umbenannt. Die EKZ (100% im Besitz des Kantons Zürich) hält einen Anteil von 18,4% an der AXPO Holding AG, der Kanton Zürich selber weitere 18,3%. Die wesentlichen Tochtergesellschaften der Axpo Holding AG in der Schweiz sind: Axpo Grid AG, Axpo Hydro AG, Axpo Power AG, Axpo Solutions AG und CKW AG, Luzern.

Klumpenrisiko

Die AXPO Gruppe ist derzeit die zweitgrösste Stromversorgerin in der Schweiz (nach der Alpiq Holding AG) und die grösste Strom-Eigenhändlerin in Europa. Sie unternimmt sehr grossen Handelsaktivitäten in Europa und weltweit. International, via die Axpo Solutions AG, ist die AXPO Holding in 28 Ländern aktiv und/oder hält u. a. zum Teil höchst fragwürdige und risikoreiche Beteiligungen in der Ukraine und den USA in Wilmington/Delaware und New York, der Türkei, Finnland, Spanien, Deutschland, Frankreich, Italien, Portugal und weiteren Ländern. Die AXPO Holding AG und ihre Beteiligungen sind ein nicht zu unterschätzendes Klumpen- und ein latentes Finanzrisiko für die beteiligten Kantone und die in ihrem Besitz befindlichen Beteiligungs- und Energiefirmen.

Vier-Milliarden-Kredit

Bewiesen hat sich dies 2022: Die AXPO Holding AG musste wegen eines unüberbrückbaren Liquiditätengrasses aufgrund von Verwerfungen im internationalen Energiemarkt sowie einer Schieflage im Eigenhandel beim Bundesrat ein Gesuch für eine temporäre Liquiditätsunterstützung einreichen. Der Bund stellte daraufhin der AXPO Holding AG einen Kreditrahmen im Umfang von vier Milliarden Franken zur Verfügung. Wohl nur aufgrund dieses Kreditrahmens waren Banken bereit, der AXPO Gruppe gewährten Kredite nicht zu kündigen und gewisse ihrer Kreditlinien wohl noch zu erhöhen, damit ein Kollaps verhindert werden konnte. Ist (?) oder wäre die AXPO Holding AG damals mit der Bitte um eine Liquiditätsspritze an ihre Aktionäre getreten: Die meisten Aktionäre wären wohl nicht in der Lage gewesen, diesem Hilferuf zu entsprechen.

Latente Finanzrisiken ausgeblendet

Dazu war anlässlich der Debatte im Kantonsrat kein Wort zu hören, auch nicht von Seiten der beiden bürgerlichen Parteien FDP und SVP. Gegen den eingangs zitierten neuen Paragraphen, welcher als verbrämte Instruktion für die Aktionärsvertreter von Kanton und EKZ anzusehen ist, stimmten nur die Vertreter von FDP und SVP. Der Paragraph reduziert die Aktionärsvertreter indirekt zu ideologischen Sprachrohren und ist wohl nicht im Einklang mit dem Obligationenrecht (Art. 762.3). Latente Finanzrisiken wurden fahrlässig ausgeblendet. Die neue Gesetzesbestimmung ist das Produkt der linksgrün ideologisierten Mehrheit im Zürcher Kantonsrat.

Hans-Peter Amrein

« Das aktuelle Zitat »

«Mit Sprache wird Politik gemacht. Ein Werkzeug dabei heisst «Labeln», also Etikettieren. Linke Feinde der Demokratie kleben sich selbst immer gern das Etikett «Demokrat» auf die Stirn. Ihre politischen Gegner labeln sie als «Nazis», als «rechts» als «populistisch», auch dann, wenn ihre Begründung für diese Anklage nicht überzeugt, falls es überhaupt eine Begründung gibt.»

Harald Martenstein, Kolumnist, in der «Weltwoche» vom 5. Oktober 2023

Naturschutz aufgeben?



Zerstörerischer «Mantelerlass» **NEIN** Jetzt unterschreiben



UNTERZEICHNEN SIE JETZT DAS REFERENDUM UND TRETEN SIE DEM BÜNDNIS FÜR NATUR UND LANDSCHAFT SCHWEIZ BEI!



Bündnis für
Natur und
Landschaft
Schweiz

Bitte sofort unterschreiben!

Referendum gegen den «Mantelerlass»

von Pierre-Alain Bruchez, Dr. oec., Sekretär Bündnis für Natur und Landschaft Schweiz, Hilterfingen BE

Der am 29. September 2023 vom Parlament verabschiedete sogenannte «Mantelerlass» wird durch ein Referendum bekämpft. Wenn bis am 18. Januar nächsten Jahres 50'000 gültige Unterschriften gesammelt werden, gibt es eine Volksabstimmung über die Revision des Energie- und Stromversorgungsgesetzes.

Solar-Express und Mantelerlass

Jeder kann sich an die Zeit vor dem Herbst 2022 erinnern, in der es unvorstellbar war, Photovoltaik-Grossanlagen mitten in der Natur zu bauen. Im September 2022 verabschiedete das Parlament den «Solar-Express», als eine Stromknappheit im damals bevorstehenden Winter befürchtet wurde. Die Gründe dafür waren die drastische Reduzierung der russischen Gasversorgung und die Stilllegung etwa der Hälfte der französischen Atomkraftwerke. In Panik hat dieses dringliche Gesetz das Tabu gegen den Bau von Photovoltaik-Grossanlagen mitten in der Natur gebrochen. Das Parlament wollte nach Jahren der Inaktivität sein Gesicht nicht verlieren, obwohl die neu geförderten Projekte erst Jahre später Strom liefern würden.

Unterdessen sind Dutzende von gigantischen Solarparks in den Alpen, aber auch im Mittelland und im Jura, geplant. Sie müssen bis Ende 2025 am Netz sein, dann läuft der «Solar-Express» (der den Natur- und Landschaftsschutz mit einigen Ausnahmen gar nicht mehr berücksichtigt) aus. Diese befristete Regelung soll nun durch den Mantelerlass in das ordentliche Gesetz übernommen werden. Mit dem Mantelerlass soll der Natur- und Landschaftsschutz gegenüber der Stromproduktion systematisch zweitrangig werden: Ausser in bestimmten Biotopen und in Landschaften von nationaler Bedeutung wird die Güterabwägung stets zugunsten der Stromproduktion vorgenommen.

In Landschaften und Naturdenkmälern von nationaler Bedeutung geht der Mantelerlass deutlich weiter als der Solar-Express: Neu kann auf Schutz-, Wiederherstellungs-, Ersatz- oder Ausgleichsmassnahmen verzichtet werden.

Ein erzwungener Konsens?

Am ersten Tag der Referendumsfrist im Oktober 2023 starteten einige Bürger ein Referendum. Zehn Tage später kündigte auch die Fondation Franz Weber (FFW) das Referendum an. Das Eingreifen der grossen Organisation erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einer Volksabstimmung kommt.

Eigentlich wurde alles dafür getan, um eine Abstimmung zu verhindern. Alle Parteien hatten den Mantelerlass als Kompromiss akzeptiert. Lediglich ein Drittel der SVP-Nationalräte und ein FDPLer lehnten das Gesetz ab. Im Ständerat herrschte Einigkeit. Selbst die meisten Umweltorganisationen beteiligten sich an diesem Konsens. Die FFW ist die einzige grosse Organisation, die dieses Gesetz

bekämpft. Beweist dieser Konsens, dass das Gesetz gut ist? Oder handelt es sich um einen erzwungenen Konsens, der politische Kalkulationen widerspiegelt? Man kann sich weiter fragen, warum Hans Weiss, Mitbegründer und ehemaliger Direktor der Stiftung Landschaftsschutz (SL), im Referendumskomitee dabei ist – nicht aber Kurt Fluri, aktueller Präsident der SL, obwohl er im Parlament gegen den Mantelerlass gestimmt hat? Die Antwort ist einfach: Fluri sind die Hände gebunden, da im Stiftungsrat der SL viele Parlamentarier tätig sind, die dem Mantelerlass zugestimmt haben. Ehemalige Funktionäre dagegen sind frei. Dies illustriert, wie das Parlament die Führungsetagen vieler Umweltorganisationen beeinflusst. Die Tatsache, dass die FFW immer ihre Unabhängigkeit von Parlamentariern wahrte, erklärt, warum sie die einzige grosse Organisation ist, die gegen den Mantelerlass kämpft.

Missachtung von Natur und Landschaft

Die Befürworter des Referendums erkennen positive Aspekte des Mantelerlasses, zum Beispiel Massnahmen zur Energieeffizienz, sind jedoch nicht bereit, unsere Natur und Landschaft zu opfern. Sie lehnen es ab, Solarkraftwerke in den Alpen zu errichten, wenn auf bestehenden Gebäuden und Infrastrukturen ein erhebliches Potenzial ungenutzt bleibt. Der grundsätzliche Vorrang der Stromproduktion gegenüber dem Naturschutz ist verfassungswidrig – denn die Verfassung will, dass nichts systematisch als wertvoller behandelt wird als Natur und Landschaft. Mit dem Mantelerlass ist die Güterabwägung zwischen der Stromproduktion sowie Natur und Landschaft vorweggenommen. Die Gerichte müssen dies übernehmen.

Bedrohte Demokratie

Um die Natur zu zerstören, muss man das Volk daran hindern, sie zu schützen. Weil die Güterabwägung meistens vorweggenommen ist, hat das Volk kaum noch etwas zu sagen. Einsprachen von Privaten und Naturschutzorganisationen werden künftig chancenlos sein. Der Bundesrat allein erhält weitgehend freie Hand, weitere Massnahmen in Verordnungen zu beschliessen. Gegen Verordnungen des Bundesrates ist kein Referendum möglich. Er darf zum Beispiel Bewilligungsverfahren abkürzen. Dadurch besteht die Gefahr, dass der Bundesrat demokratische Mitspracherechte abschafft und die Gemeinden entmachtet. Mit dem Ziel, Kraftwerke auch gegen den Willen der Bevölkerung schneller zu genehmigen.

Pierre-Alain Bruchez

Unterschreiben Sie bitte den beiliegenden Referendumsbogen und schicken Sie ihn rasch ein. Herzlichen Dank!

ELCOS SS-Serie



GMBH



Notstromaggregate der neuesten Technologie



Benötigen Sie Sicherheit bei einem Stromausfall oder Unterstützung für Ihre Solaranlage? Oder suchen Sie nach Möglichkeiten zur Absicherung Ihrer elektrischen Anlagen und lebenswichtigen Funktionen wie Belüftung, Fütterungstechnik oder Melkroboter?

BAUT bietet eine grosse Auswahl an bewährten Diesel-Stromerzeugern in verschiedenen Leistungsklassen, die den neuesten Abgasemissionsstandards der Stufe 5 entsprechen und dabei geringe Lärmemissionen aufweisen.

Elcos SS Prp 20 = CHF 14'000.-
 Elcos SS Prp 40 = CHF 26'000.-
 Elcos SS Prp 60 = CHF 32'000.-

Agriplus 1-50kVA = CHF 6000.-
 Agriplus 1-80kVA = CHF 8500.-

Interesse? BAUT GmbH, 079 407 29 13, info@baut12.ch, www.baut12.ch

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Brachialgesetze

Während die Notenbanken in ihrem Handeln noch halbwegs berechenbar sind, erscheint deutsche Regierungspolitik zunehmend ideologisch und willkürlich. Im Rahmen der Klimathematik wird ein gewaltiger Aufwand zur CO₂-Reduktion betrieben, dessen Auswirkungen auf das Weltklima nicht einmal ernsthaft messbar sind und bereits von einem einzigen Vulkanausbruch oder der regelmässigen CO₂-Freisetzung Chinas weit in den Schatten gestellt werden. Im Herbst dieses Jahres wurde mit dem Gebäudeenergiegesetz, das unter dem Namen «Heizhammer» traurige Berühmtheit erlangte, ein solches Brachialgesetz verabschiedet, dessen Kosten viele Hundert Mrd. EUR betragen werden. Nutzen? Ungewiss. Für die Eigentümer älterer Immobilien ist es in seiner Wirkung allerdings mit dem an dieser Stelle bereits mehrfach thematisierten Lastenausgleichsgesetz vergleichbar. In welcher Dimension sich das Thema «Klimaschutz» verselbstständigen würde, war so nicht einmal von Pessimisten vorhergesehen worden.

(Ralph Malisch, in «Smart Investor», 11/2023)

Taiwan

Den letzten Konflikt um Taiwan 1996 haben die USA gewonnen, weil sie militärisch überlegen waren und China nachgeben musste. Heute liegen die Dinge anders. Verhängen die Chinesen eine Blockade, befürchte ich, dass sich der US-Präsident gezwungen sehen würde, Flugzeugträger und U-Boote zu entsenden – wir würden einen dritten Weltkrieg riskieren. Das gilt es unbedingt zu vermeiden. Die einzige Möglichkeit besteht darin, den Chinesen zu sagen, dass wir den Status quo nicht ändern werden. Was in den 1970er-Jahren vereinbart wurde, ist immer noch unsere Politik. Stattdessen hat Biden drei- oder viermal ein bedingungsloses Engagement für die Verteidigung Taiwans angedeutet. Die Chinesen betrachten das als Überschreitung einer roten Linie, und meiner Meinung nach ist das eine sehr gefährliche Sache für

Asylchaos

Es ist eindeutig, die Schweizer haben genug von der ungebremsten Zuwanderung und erst recht vom Asylchaos. Die SVP ist mit einer glasklaren Botschaft angetreten: Wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz, sondern eine sichere Zukunft in Freiheit. Jeder, der Zeitungen gelesen oder Fernsehen und Radio konsumiert hat, hat in den letzten Monaten und Wochen gemerkt, so kann es nicht mehr weitergehen. Es wären alle Gesetze vorhanden, um den Zustrom wieder eigenhändig zu regeln und im Asylwesen durchzugreifen. Aber das wird in Bern einfach nicht gemacht. Hoffen wir, dass sich das jetzt ändert!

(NR Thomas Matter, In den Sümpfen von Bern, Episode 243, 25.10.2023)

amerikanische Politiker. Bedenken Sie, dass Xi Jin-ping die De-facto-Unabhängigkeit Taiwans als Hauptgrund für eine dritte Amtszeit als Chinas Staatschef ansieht. Wir unterschätzen, wie wichtig das den Chinesen ist.

(Niall Ferguson, in «Schweizer Monat 1111», Nov. 2023)

Viktor Orbán

Orbán stemmte sich gegen den Vorschlag, den man in Brüssel «Solidarität» nennt. Demnach müssten alle EU-Staaten Flüchtlinge aus jenen Nationen aufnehmen, die von Migrant*innen besonders überlaufen sind. Nein, sagte Orbán, ich will keine Muslime in Ungarn.

Weit über die Hälfte der Zuwanderer nach Europa kommen, wie man weiss, aus islamischen Ländern. Spitzenreiter bei den Lieferanten sind Syrien und Afghanistan. Er sei «auf Provokation gebürstet», kritisierte auch die Kronen-Zeitung aus Österreich Orbáns Nein zum EU-Migrant*innenhandel. «Orbán auf Blockadekurs», schimpfte aus Deutschland die «Tagesschau».

Ein paar Tage danach überfiel die Hamas Israel. Überall in Europa gingen nun muslimische Terrorfans auf die Strasse und feierten heftige Pro-Hamas-Demonstrationen. In Städten von Berlin über Paris bis Stockholm kam es zu Krawallen des Palästinenser-Mobs. Jüdische Bürger trauten sich nicht mehr aus dem Haus.

(Kurt W. Zimmermann, in «Weltwoche» 42/2023)

Baerbock

Die Europäer sind der endlosen Mantras zugunsten der Ukraine überdrüssig und alles, was sie tun können, ist, Selenskyj wieder einmal das süsse Zuckerbrot der EU-Mitgliedschaft vor die Nase zu halten. Doch auch hier ging es nicht ohne Peinlichkeiten ab: Die Leiterin des deutschen Aussenministeriums, Annalena Baerbock tat sich einmal mehr hervor (Zitat): «Die Zukunft der Ukraine liegt in der Europäischen Union in unserer Gemeinschaft der Freiheit und die wird sich bald erstrecken von Lissabon bis Luhansk!»

Frau Baerbock hat schon immer ein Problem mit der Geografie gehabt: Schon einmal hatte sie ihr Publikum mit einer Aussage über Länder, die hunderttausende von Kilometern von Berlin entfernt sind, schockiert, offenbar irgendwo auf der anderen Seite des Sonnensystems. Jetzt hat sie beschlossen, auch einen Teil des russischen Territoriums in die EU aufzunehmen.

Tatsache ist, dass wir jetzt Zeugen der Degradierung der europäischen Elite sind, die auf die eine oder andere Weise mit Billigung und Zustimmung der Vereinigten Staaten von Amerika ans Ruder gesetzt wird oder worden ist.

Wenn Joe Biden der klügste ist, müssten objektiv gesehen, alle EU-Untertanen dümmer sein als er. Aber das entscheidende ist, dass niemand in der Europäischen Union auf die Ukraine wartet, weder jetzt noch in ferner Zukunft!

(Marco Caimi, Newsletter, 26.10.2023)

FITNESS **fi** ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Flosten im Salzwasser



Massagen und Kosmetik



Restaurant



Restaurant Bad



Totes Meer Therapie



Wasserkurse



Dampfbad



BioSauna



Feuersauna



Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Salzwasser



Salzraum



Ruheraum

Klimaschmierer

Den Ball bitte schön flach halten

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Neulich haben Chaoten der «Letzten Generation» in Berlin das Bundeskanzleramt mit oranger Farbe verschmiert. Wie schon zuvor etliche Gebäude der öffentlichen Verwaltung, Denkmäler, Kunstwerke und zuletzt das geschichtsträchtige Brandenburger Tor.



Im Fall beim Bundeskanzleramt haben die Sicherheitskräfte rasch zugegriffen, wobei dennoch einiger Sachschaden entstand. Ein Zivilpolizist hat zwei Täterinnen zu Boden gerungen, und da sich die eine massiv zur Wehr setzte, hat er diese Frau wohl etwas ruppiger angepackt. Was dann kam, wurde wohl so nicht in der Polizeischule instruiert. Der Polizeiangehörige entriss der am Boden liegenden

Frau den Pinsel und bekleckste damit das Gesicht der Täterin. Natürlich wurde dieser Vorgang von Aktivisten gefilmt, weil man besonders darauf aus ist, allfälliges Fehlverhalten von Polizisten zu dokumentieren und anzuprangern.

Täter wird zum Opfer gemacht

Was folgte, war ein Shitstorm, und die Schmierfinken schlüpfen blitzartig in die Opferrolle nach dem Motto: «Wir retten die Welt, und nun werden wir von der bösen Polizei gefoltet!» oder so ähnlich. In der Zwischenzeit hat die Berliner Polizei bestätigt, dass es sich um einen Angehörigen ihres Polizeikorps handelt, und hat wegen des Verdachts der Körperverletzung im Amt ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Je nach Verfahrensausgang muss der Beamte zudem mit einem Disziplinarverfahren rechnen.

Hier schlägt nun also der Rechtsstaat mit seiner gesamten Wucht zu. Und was ist eigentlich passiert? Nach unzähligen Einsätzen gegen Strassenkleber und Farbschmierer hat es schlicht und einfach einem Polizisten (auf Schweizerdeutsch) «de Huet glupft». Jetzt daraus eine Staatsaffäre zu konstruieren, ist schäbig in Anbetracht der vielen Straftaten, welche diese Täter seit Jahren begehen. Stundenlang stehen Menschen auf Strassen sowie Autobahn Zu- und Abfahrten, verpassen Termine bei der Arbeit und bei Ärzten, nur um von dieser «Letzten Generation» zu hören, dass dies notwendig sei, ansonsten unser Planet den Bach runter gehen würde.

«Rettung der Erde» oder «Free Palestine»?

Dass dies niemand mehr hören will, hatte letztendlich auch einen positiven Aspekt, haben doch solche Störaktionen wohl mit dazu beigetragen, dass die Grünen bei den vergangenen Nationalratswahlen abgeschmettert

unter die Zehn-Prozent-Marke gerutscht sind. Dass sie deshalb als Trostpreis im Dezember einen Bundesratsplatz bekommen, ist unwahrscheinlich. Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel rumort es sowieso in der «Klimabewegung», weil offenkundig wurde, dass es bei dieser Bewegung nicht ausschliesslich um die Rettung der Erde geht, sondern auch oder vor allem um andere Ziele. Dass in den sozialen Medien ein Beitrag mit Bild erschien, worauf das Klimamaskottchen Greta Thunberg mit einem Plakat «Stand with Gaza» zu sehen ist und eine Kommilitonin ein Schild mit dem Text «Free Palestine» hochhält, zeigt ziemlich eindeutig auf, wo diese «Letzte Generation» politisch zu verorten ist. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, dass anlässlich einer Verhandlung vor dem Basler Strafgericht wegen Sachbeschädigungen im Zusammenhang mit Klimaaktivitäten Sympathisanten ein Banner aufhängten mit dem Schriftzug «Klimaschutz heisst Antifa».

Unser Berliner Zivilpolizist, welcher der Farbschmiererin den Pinsel über das Gesicht strich, wird seither mit hoher Wahrscheinlichkeit wiederum im Einsatz stehen. Dieses Mal nicht gegen Klimaretter, sondern wegen den vielen gewalttätigen Pro-Palästina-Demos, wo Tausende nicht integrierte arabischstämmige Menschen die Auslöschung von Israel und ein deutsches Kalifat fordern. Ein Sprecher der Gewerkschaft der Polizei hat gegenüber den Medien eingeräumt, dass das Verhalten des Zivilpolizisten «nicht optimal aussieht», wobei man alles auch im Kontext von über einer halben Million Einsatzstunden gegen Aktivisten der «Letzten Generation» sehen muss. Also: Eine blossе Rüge dürfte ausreichen und die Gegenseite täte gut daran, den Ball flach zu halten.

Markus Melzl



«Schweizerzeit»-Special

Fr. 69.– pro Monat exkl. MWSt.
inkl. 300 Kopien und
Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner,
-Drucker und -Telefax

inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten,
Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität,
dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0,
automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-
Display, farbig

3 Jahre Vor-Ort-Garantie

OCOTex AG – 041 799 50 00

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen, bis der Bundesrat seine Pflicht tut.



«Rechtsextreme» Wahlgewinner? Die «Kommentatoren» aus der deutschen Presse haben sich nach den eidgenössischen Wahlen überboten im Verbreiten von Nonsense. Sie wollten den Lesern während einer ganzen Woche beibringen, dass die «Rechtsextremen» in der Schweiz gewonnen hätten. Auf Belehrungen à la Kavallerie verzichteten wir. Das hatten wir schon einmal in der Geschichte, als sich die «Gesandten» nur noch in der Mitte der Rheinbrücke getroffen haben. Es ist uns bekannt, dass das geschichtliche Bewusstsein der Schreiberlinge nördlich des Rheins maximal mit ihrem Geburtsdatum beginnt.

*

Korrigierte Wahlergebnisse. Wahlergebnisse, die korrigiert werden müssen?! Die absolute Lächerlichkeit, Peinlichkeit und Sujet für die Fasnacht. Und jetzt sollen wir auch noch Vertrauen haben in ein elektronisches «Wahlssystem». Nein danke.

*

Freispruch. Das Bundesstrafgericht hat drei «Klima-Aktivisten» vom Vorwurf der Aufforderung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten freigesprochen. Die Westschweizer riefen im Internet dazu auf, keinen Militärdienst zu leisten oder die Ersatzabgabe nicht zu bezahlen. Weil dies offenbar ohne Folgen bleibt, rufen wir dazu auf, keine Serafe-Gebühren mehr zu zahlen.

Tis Hagmann



Anian Liebrand



Unternehmer, Fachmann für politische Kommunikation und Kampagnen

Inhaber und Geschäftsführer
Politagentur.ch GmbH

Tel. 079 810 11 91
info@politagentur.ch

Selbst über viele Jahre «an der politischen Front» gestanden, weiss ich aus vielen Projekten und Kampagnen, welche Bedürfnisse bei Wahl- und Abstimmungskämpfen sowie in der Partei- und Verbandsarbeit bestehen. Mein Anspruch ist es, Wichtiges von Unwichtigem zu trennen und aus den vorhandenen finanziellen und zeitlichen Ressourcen den grösstmöglichen Output herauszuholen.

Wenn ein Vertrauensverhältnis besteht und wir die gleichen Werte teilen, lassen sich gemeinsam Berge versetzen!

www.politagentur.ch | www.anianliebrand.ch

Aufrüttelndes Dokument

Neutralitätsaufruf – erlassen vor 391 Jahren

Der Dreissigjährige Krieg (1618–1648) war für ganz Europa eine fürchterliche Katastrophe. Ganze Landstriche wurden verheert. Ganze Landstriche wurden vollständig entvölkert.

Nicht zuletzt dank zielbewusster Vermittlung des französischen Königs gelang es den eidgenössischen Ständen, nicht in diesen verheerenden Krieg verwickelt zu werden – obwohl die katholische Innerschweiz mit den Katholisch-Kaiserlichen sympathisierte, Bern und Zürich dagegen mit den Schweden und den Protestanten.

Einzig Bünden – weil der Nachschub von Habsburg – Spanien via Mailand–Veltlin–Bündner Pässe nach Süddeutschland und Österreich verschoben wurde, erlebte Krieg und erlitt schwere Kriegsnot.

Einer, der damals – im Jahr 1632 – die Eidgenossen besonders eindringlich vor Kriegseintritt warnte, war der französische Heerführer Henry Duc de Rohan. Er kommandierte das französische Heer und war anfänglich mit Jürg Jenatsch in den «Bündner Wirren» eng verbündet. Unsterblichen Ruhm erwarb er sich als sowohl überlegener als auch besonnener Feldherr im Gebirge.

Seine Warnung an die Eidgenossen von 1632 – nichts anderes als ein Aufruf zur Neutralität – hatte folgenden Wortlaut:

Brief des Herzogs Rohan vom 23. August 1632 an die fünf Orte der Eigenossenschaft

(Aus dem Anzeiger für Schweizergeschichte Bd. 6, S. 122, aus dem französischen Urtext in damaliges Deutsch übersetzt)

An die hohen Gebieter, die Herren Schultheissen, Landammänner und Räte der Städte und Kantone von Luzern, Zug, Uri, Schwyz und Unterwalden ob und nid dem Wald.

Hohe Gebieter. Mit grosser Befriedigung habe ich vernommen, dass die zur Schlichtung des Zwistes zwischen Euch und den Herren von Zürich in Baden versammelten Schiedsrichter sich auf ein gütliches Abkommen verständigt haben, das von Zürich bereits angenommen wurde. Ich habe nicht versäumt, den König von diesem und allem, was vorgefallen ist, zu benachrichtigen, vor allem von der Achtung, die seiner Vermittlung entgegen gebracht wurde. Ich verspreche mir, dass Euch an der Ruhe Eures Vaterlandes nicht weniger gelegen sein wird als Euren Brüdern, und dass Ihr besonnen das Abkommen gutheissen werdet, da es dem gemeinen Wohl Eures Vaterlandes so vorteilhaft ist. Im Namen seiner Majestät ermahne ich Euch von neuem dazu, mit der inständigen Bitte mir zu glauben, dass all, die Euch vom Gegenteil überzeugen wollen, dies entweder in ihrem eigenen Interesse tun, oder im Wunsch, Euch in

Wirren zu stürzen, die im Stande wären, Euern Zusammenbruch herbeizuführen. Ihr allein habt heute Ruhe und Ihr könnt sie aufrecht erhalten, vorausgesetzt, dass Ihr die häuslichen Streitigkeiten meidet. Das ist eine Gnade von Gott, die Ihr nicht missbrauchen dürft. Das Glück, das Ihr geniesset, kann allein vernichtet werden durch Euch selbst. Wenn Ihr nach wie vor fest zusammenhaltet, seid Ihr nicht nur vielen armen Menschen, die von da und dort in Euerm Lande Zuflucht suchen, ein Asyl, Ihr könnt auch eines Tages Schiedsrichter und Mittler eines guten Friedens in der Christenheit werden. Ich halte Euch für so klug und für so gute Freunde der gemeineidgenössischen Wohlfahrt, dass Ihr meine Gedanken teilend auch den Künsten derer widersteht, die Euch in ihr Verderben mitreissen wollen. Zum Schluss, hohe Gebieter, bitte ich Gott, dass er Euch die Entschlüsse eingebe, die Euerm Glück und Eurer Ehre am nützlichsten sind.

Chur, 23. August 1632.

Euer sehr ergebener Diener, Henry de Rohan

pneu 
bösiger
 langenthal



IHR KOMPETENTER REIFEN- & AUTOPARTNER IN LANGENTHAL

***PNEUSERVICE | AUTOSERVICE | KLIMASERVICE
 AUTOVERKAUF | AUTOVERMIETUNG***

Neben Pneus vom Profi
 finden Sie bei uns auch
 gepflegte Occasionen und
 interessante Neuwagen.



100% 

Die Volksschule wartet mit neuer Idee auf: Senioren in die Schulzimmer!

Die Idee ist keineswegs schlecht: Senioren sollen zeitweise – zum Beispiel an einem Vormittag pro Woche – als vielfach einsetzbare Schulhilfen zum Unterricht an der Volksschule beigezogen werden, um Schülerinnen und Schülern, die vielleicht in einzelnen Fächern Schwierigkeiten bekunden, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen bzw. zu sitzen.

Auch eine Grossmutter, schon über siebzig Jahre alt, liess sich gewinnen – als Seniorin für den Kindergarten. Sie war vor Jahrzehnten sowohl in ihrer Wohn- als auch in einer Nachbargemeinde rund zehn Jahre lang als (hochgeschätzte!) Kindergärtnerin im Amt. Daneben zog sie eigene Kinder auf, diente jahrelang der Kirchenpflege im Ort, danach auch einige Jahre als Gemeinderätin der Öffentlichkeit. Ausserdem arbeitete sie während mehrerer Jahre im örtlichen Seniorenheim. Sie ist dem ganzen Dorf bestens bekannt.

*

Kaum hatte sich diese fünfundsiebzigjährige Seniorin, angefragt von der jetzt aktiven Kindergärtnerin in der Gemeinde, für einen Vormittag pro Woche für den Kindergarten zur Verfügung gestellt, schlug der Bürokratieapparat der amtlichen Schulleitung zu: Sie, die im Dorf wahrhaftig allseits bekannte und geschätzte Frau, müsse «aus Prinzip» umgehend ein Leumundszeugnis vorlegen. Und auch noch ein Vorstrafenregister. Erst dann könne sie als Assistentin der Kindergärtnerin tätig werden. Man kann schliesslich nicht jede Hinzin und Kunzin auf Kindergärtner loslassen. Ist eigentlich einheitliches umfassendes Controlling solch Freiwilliger der Schulbürokratie weit wichtiger als lebendiger Unterricht?

*

Was man auf Bundesebene vom angehenden Staatssekretär zu verlangen offensichtlich fahrlässig vergessen hat, das wird um so herrischer von einer seit Jahrzehnten in der Gemeinde bekannten und verwurzelten, amtserprobten und allseits geschätzten fünfundsiebzigjährigen Seniorin einverlangt, bis sie sich während eines Vormittags pro Woche mit Vier-, Fünf- und Sechsjährigen im Kindergarten abgeben darf.

Die Bürokratie will's, die Bürokratie verlangt's. Und Bürokratie, bestückt mit sündenteuren Kontrollfunktionären, muss beschäftigt werden – ob sinnvoll oder unsinnig: Diese Frage stellen sich die Funktionäre in der Bürokratie grundsätzlich nie. Das Resultat aber ist: Es gelingt sturen Funktionären immer, eine an sich gute Idee an überformalistischen, betonköpfig durchgesetzten Regulierungen, so unsinnig die verlangten Formalitäten auch sein mögen, scheitern zu lassen.

Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob die kantonale Bildungsbürokratie davon Kenntnis hat, was für lächerliche – aber sündenteure – Eskapaden ihre Aussenstellen inszenieren, wenn Senioren in enger zeitlicher Beschränkung als Bereicherung von Schulstunden von Lehrern, Lehrerinnen und Kindergärtnerinnen dazu eingeladen werden, am Unterricht mitzuwirken. Dass eine die Kindergärtnerin ein paar Stunden pro Woche unterstützende Seniorin schärfer zu durchleuchten sei als ein angehender Staatssekretär – damit haben sich die steuerzahlenden Bürgerinnen und Bürger offenbar abzufinden.

*

Das hier geschilderte Geschehen wurde im hochwohlwühllichen Stand Zürich auf den Schuljahrbeginn im Sommer 2023 Tatsache.

Und die Bildungsdirektion wundert sich, dass Lehrerinnen und Lehrer dem Funktionärsloch, der von der Bildungszentrale aus aufgebaut worden ist und der längst als Selbstläufer allwöchentlich Metastasen wuchern lässt, in Scharen den Rücken kehren.

us

Strafregisterauszug

Churz & Bündig

Anfang 2023 haben die USA – unter weltweit entfaltetem Trara – angebliche Spionageballons aus China demonstrativ abgeschossen und spektakulär vom Himmel geholt.

Inzwischen ist die Untersuchung der abgeschossenen Ballone abgeschlossen. Das Resultat ist klar und wird von der US-Army formell bestätigt: Die abgeschossenen Ballone hatten rein nichts mit Spionage zu tun. Jegliche Spionage-Elektronik fehlte in ihrer Ausrüstung. Die USA haben ihre Fehlbeurteilung offiziell eingestanden. Die hiesigen Eintopf-Medien haben dazu – rein gar nichts berichtet.

*

Hiesige Lehrer und selbst kantonale Bildungsdirektoren fanden für die Freitags-Streiks angeblich ums Klima besorgter Schülerinnen und Schüler recht oft anerkennende, das Schwänzen der Schüler gar noch lobende Worte.

Dass die Göttin der Friday for Future-Streiks, Greta Thunberg, neuerdings in von Hamas-Anhängern inszenierten Kundgebungen offen antisemitischen Charakters auftaucht – dazu fällt den vor wenigen Wochen die Freitags-Schwänzer noch lobenden Lehrern und Bildungsdirektoren kleinlaut bloss noch ein, man habe dies «leider nicht voraussehen können».

us

Eine Vergewaltigung ist keine Aufregung wert? Hinter feindlichen Linien



«Die SVP betreibt den rassistischsten Wahlkampf aller Zeiten», zeigte sich «Operation Libero» im Einklang mit den Kartellmedien empört. Und die sogenannte Eidgenössische Kommission gegen Rassismus tobte: «Die SVP-Kampagne ist rassistisch, hetzerisch und schürt bewusst negative Emotionen!» Warum verloren die linken Gutmenschen während den vergangenen Wahlen derart die akademischen Nerven? Die SVP griff lediglich reale Fälle von Migrantengewalt in einer Social-Media-Kampagne auf. Dabei wurden als solche gekennzeichnete Zitate von Zeitungs- oder Polizeimeldungen wiedergegeben.

Ein solches Zeitungszitat lautete zum Beispiel: «Schreckliche Tat in Zürich: Eine Frau war zu Fuss unterwegs. Beim Reitweg griff ein Mann die Frau unvermittelt an und misshandelte sie sexuell. Die Frau wurde bei der Tat erheblich verletzt und musste ins Spital gebracht werden. Die Spurensicherung führte die Ermittler zu einem 26-jährigen Tunesier.» Dazu veröffentlichte die

SVP ein Symbolbild, welches den Schmerz des Opfers zeigte. Wie kann die Spiegelung der Realität «rassistisch» und «hetzerisch» sein? Im Mittelalter köpfte man die Überbringer von schlechten Nachrichten kurzerhand. In ähnlicher Manier sind heute die linken Gutmenschen unterwegs. Warum regen sie sich nicht darüber auf, dass eine unschuldige Frau von einem mutmasslichen Asylanten auf brutale Weise vergewaltigt wurde? Dies ist doch der Skandal – und nicht, dass die SVP sich gegen das Asylchaos wehrt.

Zudem müssten sich doch die unzähligen feministischen Journalisten über die brutale Vergewaltigung die Finger wund schreiben. Im Gegensatz zum Generischen Maskulinum sind importierte Vergewaltiger tatsächlich eine Gefahr für Frauen. Und an die Adresse der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus: Hoffentlich ruft eine solche Tat «negative Emotionen» hervor. Ausländer sind in der Schweiz in einem verträglichen Ausmass seit Jahrzehnten herzlich willkommen. Doch Vergewaltiger und andere kriminelle Ausländer müssen endlich konsequent ausgeschafft werden.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Geschichte – ein Schulfach unter Druck

Doppelvortrag und Diskussion

Mario Andreotti Hanspeter Amstutz



Der Unterricht in Geschichte kommt in der Volksschule viel zu kurz. Dabei ist historisches Wissen, gerade für junge Menschen, von existentieller Bedeutung.

- Warum ist das so, warum sollen wir uns mit der Vergangenheit befassen?
- Wie wird Geschichtsunterricht für Jugendliche auch im Rahmen des neuen Lehrplans spannend gestaltet und wie kann politisches Interesse geweckt werden?
- Bringt das Reformprojekt «Gymnasium der Zukunft» für das Fach Geschichte eine Verbesserung oder gar eine Verschlechterung?
- Welche Zukunft hat Geschichte innerhalb der Bildungspolitik?

Lehrpersonen, Eltern und Interessierte sind herzlich eingeladen.

Donnerstag, 16. November 2023, 19 bis 22 Uhr im Schulhaus St. Leonhard, Vadianstr. 49, St. Gallen (5 Gehminuten vom Bahnhof, Eingang zur Aula nur über Davidstrasse)

Prof. Dr. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, ehem. Gymnasiallehrer, heute Dozent für Neuere deutsche Literatur, ist ein profunder Kenner der schweizerischen Bildungslandschaft. **Hanspeter Amstutz**, ehemaliger Sekundarlehrer und Bildungsrat, hat mit einem narrativen Zugang Jugendliche für Geschichte und politische Fragen begeistern können.

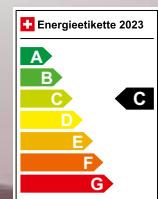
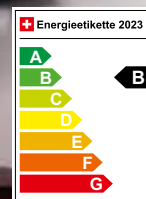
NEW SUZUKI
SWIFT EINFACH GROSSARTIG.

Ab **99.-** Fr. / Monat*

PROFITIEREN SIE VON
Fr. 500.-
HYBRID-BONUS



BEREITS FÜR
Fr. 20 990.-



SUZUKI FAHREN, TREIBSTOFF SPAREN: New Suzuki Swift Compact+ Hybrid, 5-Gang manuell, Fr. 20 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4,7l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: B, CO₂-Emissionen: 106g/km; Hauptbild: New Suzuki Swift Compact Top Hybrid, Automatikgetriebe, Fr. 24 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 5,1l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: C, CO₂-Emissionen: 115g/km.



emilfrey.ch

***Leasingkonditionen:** 36 Monate Laufzeit, 10 000 km pro Jahr, effektiver Jahreszins 1,92%, Vollkaskoversicherung nicht inbegriffen, Sonderzahlung: 33% vom Nettokaufpreis, Hybrid-Bonus Fr. 500.-. Alle Preise verstehen sich inkl. MwSt. Diese Konditionen sind gültig für alle Leasingverträge und die Fahrzeug-Immatrikulation vom 1.10.2023 bis 31.12.2023. Eine Leasingvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Unverbindliche Preisempfehlung. MultiLease AG.



www.suzuki.ch



Vielfältige *SCHWEIZERZEIT-* Leserschaft



hf. Als er als Neumitglied zum ersten Mal an einer Sitzung des Verwaltungsrats der Schweizerzeit teilnahm, wurde rasch klar: Da kommt ein Vertreter der jungen, dynamischen Generation, der trotz seines jugendlichen Alters schon viel geleistet hat und ein Gewinn für die Schweizerzeit (und für die Schweiz überhaupt) ist. Auf Nachfrage bezeichnet er sich als «Innovator an der Schnittstelle von Technologie und Freiheit». Gerade weil sein bisheriger Lebens- und Ausbildungsweg – seine schulische, berufliche und politische Laufbahn – nicht immer schnurgerade verlaufen ist, hat Leroy Bächtold gelernt, den Dingen möglichst auf den Grund zu gehen, zu kämpfen und für eine Sache einzustehen, quasi nach dem Leitsatz «Ohne Fleiss kein Preis». Und er straft all jene Vorurteile Lügen, wonach die «Jungen» heute mehrheitlich Freizeit-Techniker seien und gern den Weg des geringsten Widerstands gingen.

Leroy Bächtold (office@leroybaechtold.ch)



Geboren 1994 in Zürich-Höngg, lernt Leroy Bächtold schon früh im Leben, dass Einsatz und «Zweikampfhärte» ebenso wertvoll sind wie technische Fähigkeiten. Diese Lektionen, verinnerlicht auf dem Fussballfeld beim SV Höngg, bilden das Fundament für eine Karriere, die durch Entschlossenheit und Anpassungsfähigkeit gekennzeichnet ist.

Sein Schul- und Bildungsweg – geprägt vom Wunsch nach praktischer Anwendung – erfolgt über Umwege: Sein akademischer Weg ist alles andere als gradlinig. Nach dem Abbruch des Gymnasiums nach der 6. Primar- und der 2. und 3. Sekundarstufe entscheidet er sich für eine Lehre als Applikationsentwickler mit

anschliessender Berufsmaturität. Diese Entscheidung legt den Grundstein für seinen späteren Bachelor in Wirtschaftsinformatik an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Winterthur und seinen Master in Innovation an der prestigeträchtigen HEC Paris.

«Meine berufliche Reise führte mich dann zum Technologieunternehmen Flowable, wo ich massgeblich am Aufbau der Niederlassung in Polen beteiligt war. Diese Erfahrung hat mir zweifellos ein gewisses Talent vermittelt, Brücken zwischen verschiedenen Kulturen und Geschäftsumgebungen zu schlagen.»

Neben seiner beruflichen Tätigkeit wird Bächtold bald auch politisch aktiv, und er kann seine Überzeugungen als Vorstandsmitglied der Jungfreisinnigen Schweiz zum Ausdruck bringen. In dieser Funktion setzt er sich vehement für liberale Prinzipien in der Politik ein. Die Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger – und damit auch die Einschränkung der überbordenden Staatstätigkeit – sind für ihn zentral.

Mehr Basisdemokratie und Transparenz

Seine politische Laufbahn ist jedoch nicht frei von Kontroversen. Bächtold, bekannt für seine klaren Worte und festen Überzeugungen, erlebte eine Zeit der Spannungen innerhalb der FDP. Seine kritische Haltung gegenüber der Parteipolitik und seine Forderung nach mehr Transparenz und Leistungsanerkennung kommen in einem Artikel im «Schweizer Monat» zum Ausdruck. Darin kritisiert er die Entscheidungsfindung der Partei und setzte sich für eine stärkere Basisdemokratie ein. Diese Phase seiner politischen Arbeit zeugt von seinem unerschütterlichen Einsatz für die Werte, die er vertritt, und von seinem Mut, Missstände offen anzuprangern.

Neben seiner politischen Arbeit engagiert sich Bächtold auch ausserparteilich. Er ist der Gründer von «Team Freiheit» – einer Initiative, die sich den Prinzipien der Eigenverantwortung, Freiheit und Selbstbestimmung



Leroy Bächtold vor dem Bundeshaus bei der Einreichung der Initiative «200 Franken sind genug»

verschrieben hat. Bächtold kämpft für liberale Werte, für die Förderung von Innovationsgeist und Unternehmertum. «Ich glaube an eine Politik, die den Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und die Voraussetzungen schafft, damit Menschen ihre Potenziale voll ausschöpfen können!» Bächtold ist ausserdem bekannt geworden als «Motor» für die Lancierung der «Lockdown stop!»-Petition, die nationale Aufmerksamkeit erregt und über 200'000 Unterschriften auf sich vereinigt hat. Er hat damit bewiesen, dass er Leute mobilisieren und für liberale Anliegen sensibilisieren kann.

Ein «revolutionäres» neues Kapitel

Aktuell steht Bächtold an der Schwelle zu einem neuen Kapitel – der Gründung seines Start-Ups CrowdTransfer.io, einer Plattform, die darauf abzielt, die Art und Weise, wie wir über die Finanzierung von Fussballtransfers denken und handeln, zu revolutionieren. Nach einer erfolgreichen Kapitalrunde, die im Oktober 2023 mit einem Aufkommen von 2,5 Millionen Franken abgeschlossen wurde, ist das Start-Up bereit, Anfang 2024 voll durchzuzustarten.



Er kann's auch lässig-elegant. Leroy Bächtold privat an einer Hochzeit im Jahr 2022

Der einstige Pfadfinder Bächtold bleibt somit ein Entdecker. Er sucht stets nach neuen Herausforderungen und versucht, die scheinbaren Grenzen des Möglichen zu erweitern. Solche Geister, die sich nicht mit dem Status quo zufrieden, sondern die Welt um sich herum immer wieder ein Stück weit verbessern wollen, sind Gold wert. Die Schweizerzeit wünscht Leroy Bächtold viel Erfolg.

Hans Fehr

Die Schweizerzeit-Agenda

Mittwoch, 22. November 2023, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Ukraine-Krieg – Neutralität – Masseneinwanderung – Inflation – Sprachspinnereien

Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer, Schweizerzeit

Hotel Blumenstein, Am Bahnhofplatz, Oberstadtstrasse 4, 8500 Frauenfeld/TG

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.
Preis bis Ende 2024: Fr. 80.–

Name / Vorname: _____

Strasse / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Churz & Bündig

Brüssel droht uns wieder einmal: Wenn die Schweiz sich nicht endlich dem EU-Gerichtshof unterwerfe, würde Brüssel die direkten Zugverbindungen aus EU-Ländern in die Schweiz unterbinden.

Frage an unsere Leserinnen und Leser: Sind Sie in den letzten Wochen je per Zug von Hamburg, Berlin, Köln oder Würzburg nach Zürich gefahren? Hatte Ihr Zug – alle Anschlüsse in Basel verpassend – weniger als eine halbe Stunde Verspätung?

Beweist Frau von der Leyen mit ihrer einfältigen Drohung nicht bloss, dass sie grundsätzlich nie Zug fährt, weshalb ihr das alltägliche Fahrplan-Desaster in ihrem Herkunftsland bis heute völlig entgangen sein muss, ihre Drohung also nichts als lächerlich ist?

us

Schweizerzeit STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein

Legat

an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung

Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer

Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

«Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<EINE DEMOKRATIE, IN DER NICHT GESTRITTEN WIRD, IST KEINE.>>

Diesen Standpunkt äusserte:

- A Annalena Baerbock, Aussenministerin Deutschlands;
- B Konrad Adenauer, erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland nach 1945;
- C Franz Josef Strauss, seinerzeit weltweit bekannter (oft gefürchteter) Ministerpräsident Bayerns 1978–1988;
- D Helmut Schmidt, deutscher Bundeskanzler 1974–1982

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

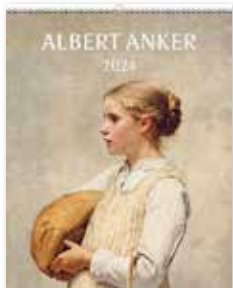
Die Antwort senden Sie bitte bis spätestens **Mittwoch, 22. November 2023** an:

«Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
E-Mail: info@schweizerzeit.ch

Sämtliche Einsender von richtigen Antworten nehmen an einer halbjährlich stattfindenden Verlosung teil. Die Gewinnerin oder der Gewinner wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde eingeladen, einem Nachtessen für zwei Personen mit «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer als Gastgeber. Die richtige Antwort auf die Wettbewerbsfrage lesen Sie in der «Schweizerzeit» Nr. 23 vom 8. Dezember 2023.



Attraktive Schweizer Kalender 2024



Albert Anker 2024

Ein Titelbild und zwölf Monatsbilder des bedeutendsten Schweizer Malers des 19. Jahrhunderts. Bilder, die alle kennen, die jeden Betrachter bewegen. 34,5 x 43,0 cm

Weber-Verlag Thun (Richtpreis Fr. 25.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–



Giovanni Segantini 2024

Ein Titelbild und zwölf Monatsgemälde des bekannten, das Alltagsleben so trefflich festhaltenden Bündner Malers. 43,0 x 34,5 cm

Weber-Verlag Thun (Richtpreis Fr. 25.00)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–



Faszination AirForce 2024

Vierzehn spektakuläre Kalenderbilder der Schweizer Luftwaffe aus der Sicht von Piloten und von spezialisierten Aviatikfotografen. 43,0 x 34,5 cm.

Weber-Verlag Thun (Richtpreis Fr. 25.00)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–



Offiz. Schwinger-Kalender 2024

Mit dem Siegerbild vom Unspunnen-Schwinger als Titelblatt. Eindrücklich, spektakulär, vierzehn Blätter, doppelseitig bedruckt, 34,5 x 43,0 cm.

Weber-Verlag Thun (Richtpreis Fr. 25.00)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–

Kombi-Angebot:

Neu: Der offizielle Schwinger-Kalender 2024 zusammen mit dem Schwinger-Jahrbuch 2023 (136 Seiten).

Weber-Verlag (Richtpreis Fr. 49.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 44.10 zzgl. Porto Fr. 9.–

Schweizer Alpen-Kalender 2024



Der grosse Panorama-Wandkalender der Schweizer Alpenwelt. Ein Klassiker. Zwölf Bilder, 59 x 29,0 cm.

Weber-Verlag Thun (Richtpreis Fr. 39.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 35.90 zzgl. Porto Fr. 9.–

Zwei Liebhaber-Kalender:



Tierporträts-Kalender 2024

Tiere die der Wanderer in der Schweiz einerseits fast täglich, andererseits nur ganz selten antrifft. Vierzehn Blätter, 43,0 x 34,5 cm.

Weber-Verlag Thun (Richtpreis Fr. 25.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 22.50 zzgl. Porto Fr. 9.–



Tiere d. Alpen – Kalender 2024

Auf Bergwanderungen Tiere zu entdecken – das sind Tageshöhepunkte. Ein neuer Kalender zeigt die Alpen-Tierwelt. 43,0 x 34,5 cm.

Weber-Verlag Thun (Richtpreis Fr. 29.00)
Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 26.10 zzgl. Porto Fr. 9.–

Bestellschein

Kalender

- Albert Anker à Fr. 22.50
- Giovanni Segantini à Fr. 22.50
- Faszination AirForce à Fr. 22.50
- Offizieller Schwinger-Kalender à Fr. 22.50
- Kombi: Schwinger-Kalender 24 und Schwinger-Jahrbuch 23 à Fr. 44.10
- Schweizer Alpenkalender à Fr. 35.90

Liebhaberkalender:

- Tierporträts-Kalender à Fr. 22.50
- Tiere der Alpen-Kalender à Fr. 26.10

(zuzüglich Fr. 9.– Portokosten)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Büchertisch

BESTSELLER



George Soros' Krieg

Wie die Open Society Foundations die Welt an den Rand des Dritten Weltkriegs gebracht haben

Collin McMahon

Dass George Soros mit den ihm zur Verfügung stehenden Milliarden markant eingreift ins politische Geschehen, wird eigentlich kaum

bestritten. Wer dies feststellt, wird freilich allzu rasch als «Weltverschwörer» diffamiert. Man muss das Original lesen, bis man sachgerecht urteilen kann.

Kopp, Rottenburg 2023, 367 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05



Ich habe mitgemacht

Das Archiv des Corona-Unrechts

Burkhard Müller-Ullrich

Das Buch präsentiert eine sorgfältig zusammengestellte Abfolge aller Erlasse und vieler Stellungnahmen zur Corona-Pandemie.

Die Dokumentation befördert viel Fragliches – aber auch später als

lügenhaft Entlarvtes ans Tageslicht. Eine Kontrafunk-Dokumentation.

Kontrafunk-Edition, Steckborn 2023, 540 S., Taschenbuch, brosch., (Richtpreis Fr. 44.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 39.60



Bundesrat Maurer spricht

Reden von Bundesrat Ueli Maurer aus den Jahren 2009–2015

Matthias Müller, Hans Luginbühl (Hsg.)

Einleitung: Jürg Stüssi-Lauterburg

Ueli Maurer, seinerzeit Opponent im Bundesrat, tief verbunden mit der Öffentlichkeit, spricht Wahrheiten

zu Tatsachen aus, die zumindest all jene Menschen bewegen, die mit Sorge – Folge der ungezügelter Massen-einwanderung – den stattfindenden Niedergang der Schweiz verfolgen. Standpunkte von wegweisendem Charakter.

Merker im Effingerhof, Lenzburg 2016, 238 S., geb., (Richtpreis Fr. 59.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 53.10

AKTUELL



Durchs irre Germanistan

Notizen aus der Ampel-Republik

Henryk M. Broder und Reinhard Mohr

Zwei für ihre spitze Feder und für ihre treffende Satire bekannte Autoren präsentieren «ihr Deutschland». Sie beschreiben gepfeffert und bohrend, in welcher atemberaubender Geschwindigkeit Wirtschaftsminister Habeck deutsche Interessen dem Ausverkauf preisgibt und wie linke Umerziehung im Alltag durchgesetzt wird.

Europa-Verlag, München 2023, 224 S., brosch., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10



Frühling der Revolution

Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt

Christopher Clark

Einer der zweifellos besten Historiker der Gegenwart (Autor des Bestsellers «Die Schlafwandler» zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs) ruft mit 1848 ein Schlüsseljahr für die moderne

Geschichte Europas in Erinnerung. 1848 war ein Revolutionsjahr, in dem alle Staaten Europas tiefe Erschütterung erfuhren. Zumeist konnten die Monarchien noch einmal gerettet werden. Nur in der Schweiz wurde eine neue, im Blick auf Europa revolutionäre Verfassung Tatsache, die den Weg zur direkten Demokratie wies. Vieles, was Europa danach heimsuchte, hat seine Wurzeln im Revolutionsjahr 1848. In einem meisterhaften Werk wird der Zusammenhang für jeden an der Geschichte Europas Interessierten überzeugend herausgearbeitet.

DVA, München 2023 (London 2023), 1164 S., geb. ill., (Richtpreis Fr. 63.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 56.70



Neue Weltmacht Indien

Geostrategie,
Wirtschaftsriese,
Wissenslabor

Oliver Schulz

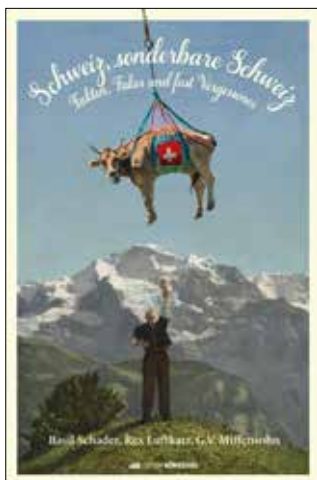
Während andere Länder (USA, China, Russland) unter maximalem Getöse tiefgreifende Veränderungen zu bewirken

versuchen, finden markante Änderung in Indien tatsächlich statt. Indien, lange als hoffnungslos zurückgebliebenes Entwicklungsland verkannt, wird zunehmend Weltmacht. Höchste Zeit, sich mit Indien zu befassen.

Westend, Frankfurt Main 2023, 223 S., brosch. (Richtpreis Fr. 30.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 27.45

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT



Schweiz, sonderbare Schweiz

Fakten, Fakes und fast Vergessenes

Basil Schader, Rex Luftkatz, G.V. Miffensohn

Ein etwas obskures Autoren-Trio präsentiert Besonderes, Bemerkenswertes, Charakteristisches über die Schweiz in Geschichten. In Geschichten, die den Leser die Schweiz tatsächlich auf besondere Art neu entdecken lassen. Nicht alles, was da präsentiert wird, muss todernst genommen werden, aber zum Denken anregend sind die präsentierten Skurrilitäten über die Schweiz, über besondere Schweizer, über besondere Sitten und Gebräuche alleweil. Gute Unterhaltung!

Edition Königstuhl, Zürich 2023, 205 S., geb. (Richtpreis Fr. 24.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.60

BUCHZEICHEN



Der Mordfall Näf

Christian J. Huber

Der Autor, Christian J. Huber, war Staatsanwalt, Oberstaatsanwalt, Oberrichter, Geschworenengerichtspräsident, dann als Regierungsrat Finanzdirektor des Kantons Zürich.

Der Mordfall Näf hat sich vor Jahrzehnten zugetragen. Christian Huber kam damit in Berührung – und wurde gefesselt von den Vorgängen und der gerichtlichen Aufarbeitung dieses Falles, der mit scheinbar unanfechtbarer Verurteilung endete. Ein junger Rechtsanwalt erkämpft aber die Wiederaufnahme, die dem aufsehenerregenden Prozess eine überraschende Wendung verleiht.

Aufgearbeitet von einem hervorragenden Richter wird dieser Fall in einem neuen Buch zu einer äusserst spannenden Kriminalgeschichte.

Edition Königstuhl, Zürich 2024, 184 S., geb. ill., (Richtpreis Fr. 24.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.60

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Collin McMahon – George Soros' Krieg à Fr. 31.05
 Burkhard Müller-Ullrich – Ich habe mitgemacht à Fr. 39.60
 M. Müller, H. Luginbühl – Bundesrat ... à Fr. 53.10

Aktuell

- H. M. Broder, R. Mohr – Durchs irre ... à Fr. 25.10
 Christopher Clark – Frühling der Revolution à Fr. 56.70
 Oliver Schulz – Neue Weltmacht Indien à Fr. 27.45

Heimat

- Basil Schader, Rex Luftkatz, G.V. Miffensohn – Schweiz, sonderbare Schweiz à Fr. 21.60

Buchzeichen

- Christian J. Huber – Der Mordfall Näf à Fr. 21.60

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(22/10.11.2023)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Stefan Millius und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

8. Dezember 2023

Trauriges Erwachen

So manche auch so tolerante Bildungsbürger mögen sich in den letzten Wochen ungläubig die Augen gerieben haben, als man feststellen musste, auf welcher schockierenden Weise auf den Hamas-Angriff auf Israel in unseren Breitengraden teilweise reagiert wurde.

Im Rahmen einer «Pro-Palästina-Demo» haben rund 500 Islamisten in den Strassen Hamburgs dazu aufgerufen, in Deutschland die Scharia (das islamische Recht) einzuführen. In Essen entpuppte sich eine propalästinensische Kundgebung als religiöser Aufmarsch mit verschleierte Frauen, Geschlechtertrennung und islamistischen Flaggen. Auf offener Strasse forderten die Demonstranten die Errichtung eines islamischen Kalifats und die Vernichtung Israels. An den Schulen mehren sich die Berichte von antisemitischen Übergriffen und Lehrern, die nicht damit umgehen können, dass liebevoll verhätschelte Migrant-Kids sich als hasserfüllte Täter entpuppen.

Dass in links-intellektuellen Kreisen und Migrant-Milieus revanchistisches und israelfeindliches Gedankengut brodelt, konnten Sehende schon lange erkennen. Bemerkenswert ist nur, wie unverfroren zum Beispiel eine Greta Thunberg sich als «Hamas-Versteherin» geoutet hat und in welcher Selbstverständlichkeit

linksradikale Zirkel sich mit diesen Menschenschlächtern gemein gemacht haben. Haben die vielen traurigen Vorfälle den Islamismus-Verharmlosern (fast) aller Parteien nun endlich die Augen geöffnet?

Nur noch erbärmlich sind die Rechtfertigungsversuche diverser Leitmedien, die mahnend den Zeigefinger erheben, man müsse sich noch immer bewusst sein, dass der wahre Antisemitismus bei den «bösen Rechten» zu verorten sei. Klar doch. In Basel, Neukölln oder Wien waren es rechte Patrioten, die judenfeindliche Parolen herumschrien und «Allahu Akbar» riefen. Natürlich waren es rechte Studenten, die an den Universitäten Sympathien für die Hamas bekundeten...

Es nützt nichts zu sagen, wir hätten es ja kommen sehen. Vielmehr müssen wir uns überlegen, wo wir jetzt den Hebel ansetzen können, um radikal-islamischen Umtrieben in der Schweiz den Nährboden zu entziehen. Das geplante Schweizer Hamas-Verbot ist ein richtiger erster Schritt. Wir brauchen ein umfassendes Massnahmen-Paket, ja eine Verbots-Gesetzgebung gegen den politischen Islam. Wer dann nicht spurt, fliegt raus.

Anian Liebrand

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler,
Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Zieggelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Schluss
Punkt